

Die Zeitung erscheint täglich Abends. In bezug durch alle Verkäufer des In- und Auslandes.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

„Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!“

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Inseptionsgebühr für den Namen einer Zeile 2 Rgr.

Uebersicht.

Deutschland. \*Frankfurt a. M. Der Einzug des Reichsverwesers. \*Frankfurt a. M. Constituirende Versammlung. Bericht Heckscher's über die Reise der Deputation nach Wien. Der Reichsverweser in der Sitzung. \*Frankfurt a. M. Die letzte Sitzung der Bundesversammlung. Frankfurt a. M. Der Erzherzog. — Geschichtliche Erinnerung. +Wresden. II. Kammer, Bericht der Finanzdeputation. Interpellation über die Beschlüsse der frankfurter Nationalversammlung. \*Wresden. Die deutschen Offiziere. Deutsche Kriegerzeitung. O Wresden. Die Bürgermeistervahl. — Landtagswahl in Bwickau. Leipzig. Deutscher Verein, Adresse an die Constituirende Versammlung. München. Die Reichsverweserschaft. — Ruhestörung in Regensburg. Stuttgart. Der Reichsverweser. Freiburg. Unruhen im Wiesenthal. Kassel. Die Stände. — Das Jagdgesetz. Darmstadt. Die Verhandlung der II. Kammer über die Ausgabe von Papiergeld. Rendsburg. Die Stände. Die Finanzvorlage. — Die Waffenstillstandsfrage. Ratzburg. Die lauenburgische Angelegenheit. Hr. Welcker. Altona. Das lauenburger Continuent. Altenburg. Die Landschaft. Oldenburg. Das Wahlgesetz. Das Schulgeld. Arnstadt. Der Reichsverweser. +Sondershausen. Finanzliche Berrüttung. Der Landtag. Die Bürgerversammlungen. +Detmold. Wiederkehr der Ruhe. Kanzleirath Petri. Lemgo, die kirchlichen Verhältnisse. — Eingabe deutscher Standesherrn bei der Constituirenden Versammlung. Preußen. Berlin. Das Bloem'sche Amendement. — Der Proceß wegen des Attentats auf das Zeughaus. — Die Privatdocenten. Berlin. Der constitutionelle Club. Schullehrerverfassungen. Der Handwerkerverein. Der Reichsverweser. Die Verfassungsentwürfe. Die Reorganisation des Heerwesens. Hr. v. Kamph. Die demokratische Partei.

Deutschland.

\*Frankfurt a. M., 12. Jul. (Vormittags 8 Uhr). Der Einzug des Erzherzogs Johann, Reichsverwesers von Deutschland, war überaus glänzend, nicht glänzend durch Ueberfülle von Pracht und officielem Prunk, sondern durch die freudigen und freiwilligen Huldigungen, welche die freien Bürger Frankfurts dem von den Vertretern der gesammten deutschen Nation frei gewählten Oberhaupt, dem Vollstrecker des Nationalwillens, darbachten. Nach 5 Uhr gestern Abend begann der Einzug des Reichsverwesers in die alte Krönungsstadt des deutschen Reiches, die alle jene erhebenden Erinnerungen der Geschichte unsers Volkes wieder aufleben, sie alle aber übertroffen sah durch diese große That der deutschen Nation und ihrer Fürsten. So gewaltig war der Jubelruf über den Menschenmassen, daß der Reichsverweser, dessen sechs-spänniger Kalesche in einer Reihe von Wagen die Abgeordneten der Constituirenden Versammlung folgten, erst nach 6 Uhr das zu seiner Aufnahme bestimmte Hotel erreichte. Unaufhörlicher donnernder Jubelruf umtönte den greisen Erzherzog, der, aufs tiefste ergriffen, nach allen Seiten hin grüßte; die Frauen, welche die Balcone und Fenster aller Häuser in reichem Schmucke füllten, schwenkten dem Gefeierten ihre Tücher entgegen und warfen ihm Blumen und Kränze zu. Den Reichsverweser empfingen im Hotel zum Russischen Hof, wo er abstieg, die Mitglieder der Nationalversammlung, die Mitglieder des diplomatischen Corps, die Bürgermeister und Mitglieder des Senats; lauter Hochruf schallte aus den innern Räumen hervor. Der Präsident der Constituirenden Versammlung richtete hier folgende Worte an den Erzherzog: Durchlauchtigster Erzherzog-Reichsverweser! Die Nationalversammlung hat mich beauftragt, in ihrem Namen an der Spitze dieser Deputation Ew. kaiserl. Hoh. bei Ihrer Ankunft ehrerbietig zu begrüßen. Dem allgemeinen Dankgefühl darf ich Worte leihen, das sich kundgegeben hat bei dem von Ew. kaiserl. Hoh. in so erwünschter Weise schnell gefaßten Entschlusse: die provisorische Centralgewalt über Deutschland, die Ew. kaiserl. Hoh. geselich übertragen worden ist, sofort übernehmen zu wollen. Ganz Deutschland vereinigt sich in diesem Dankgefühl und steht in der hochherzigen Entschlieung Ew. kaiserl. Hoh., der die Ausführung unmittelbar folgt, die Bürgschaft einer glücklichen, einer glorreichen Zukunft. Wir dürfen voraussehen, daß es in der Absicht Ew. kaiserl. Hoh. liegt, in der Nationalversammlung zu erscheinen, um dort mittels feierlichen Actes die hohe Würde eines Reichsverwesers förmlich anzutreten. Es liegt mit in dem Zweck unserer Sendung, daß wir Ew. kaiserl. Hoh. Wünsche in dieser Hinsicht ehrerbietig entgegennehmen.

Hierauf entgegnete der Reichsverweser: Ich danke Ihnen, meine Herren, für den Empfang. Als ich die Nachricht von der Wahl des deutschen Volks bekam, war ich erstaunt, daß mein großes Vaterland, das große Deutschland, in meinen alten Tagen an mich einfachen Mann

gedacht hatte. Es gibt Anforderungen an den Menschen, bei welchen er nicht schwanken darf, in welchen Lagen und in was immer für Verhältnissen er sich befinden mag. Wenn das Vaterland ruft, so ist es Pflicht, seine letzte Kraft, seine letzten Jahre demselben zu weihen. Dies hat mich bewogen, Ihren Ruf anzunehmen, um mit Ihnen als Brüder das große heilige Werk zu vollenden. Da habt ihr mich; ich gehöre zu euch.

Bald darauf erschien der Erzherzog-Reichsverweser, umgeben von Mitgliedern der Nationalversammlung, entblößten Hauptes auf dem Balcon, unter donnerndem Hochrufe der vielen Tausende, welche sich hier drängten; ihm zur Linken stand der Präsident v. Gagern, ihm zur Rechten Hr. v. Heiden, der ältere Bürgermeister unserer Stadt. Der Reichsverweser, der hier das deutsche Banner berührt, und dazu geäußert hatte: Dies lassen Sie uns festhalten, richtete mit kräftiger Stimme folgende Worte an die Menge: „Meinen Gruß den Bürgern Frankfurts! Auf den Ruf der deutschen Nationalversammlung bin ich hierher gekommen, um mit diesen Männern für des großen deutschen Vaterlandes Gemeinwohl zu wirken. Mit vereinten Kräften werden wir, ich bin dessen versichert, das große Ziel erreichen. Es lebe Deutschland, es lebe Frankfurt hoch!“ Dreimaliger Hochruf der ganzen ungeheuern Volksmenge antwortete. Es zogen hierauf unter beständigen Vivats die Schutzwachen, die Jünfte, die Bataillone der Bürgerwehr, die Linientruppen unter klingendem Spiele ihrer Musikchöre, unter dem Schwenken ihrer prachtvollen Fahnen vor dem Reichsverweser vorüber, dessen würdevolle Haltung und freundliche, geistreiche Züge den besten Eindruck auf die Menge hervorbrachten. Die heiterste Freude bezeichnete den ganzen Festact; kein einziger Miston störte ihn. Den ganzen Abend über wogte und drängte sich eine große Volksmenge auf der Zeil. Gegen 10 Uhr wurde von den Bataillonen der Bürgerwehr dem Reichsverweser eine Fackelserenade gebracht; mehr als 1200 Fackelträger, mit Musikchören und von unübersehbaren Menschenmassen umgeben, zogen unter schallendem Jubelrufe an dem Hotel des Reichsverwesers vorüber und dann nach dem Römerberge, wo die Fackeln zusammengeworfen wurden.

\*\*Frankfurt a. M., 12. Jul. Die heutige Sitzung der Constituirenden Versammlung war zur Einführung des Reichsverwesers bestimmt. Die Kirche war überfüllt, die Plätze der Abgeordneten zum Theil dem Publicum, besonders den Frauen, eingeräumt. Alles harpte in gespannter Erwartung dem bedeutungsvollen Moment entgegen. Die Sitzung begann um 9½ Uhr; dieselbe wurde vom Abg. Heckscher mit einem Bericht über die Reise der Deputation nach Wien eröffnet. Der Bericht war einestheils durch allzu langes Verweilen bei den zum Theil schon durch die Zeitungen bekannten Aeußerlichkeiten des Empfangs an den einzelnen Orten ermüdend, theils bot er durch zu häufige Erwähnung der Mittags- und Abendtassen, der schönen Frauen und Jungfrauen u. der Lust mehr Stoff dar, als in einem so ernsten Dinge geweihten Moment wünschenswerth war. Als Beweis, wie genau der Abg. Heckscher in die Details einging, führen wir nur an, daß z. B. in Dresden der Erzherzog mit der königlichen Familie allein, die Deputation dagegen an einem besondern Tische mit den Gesandten, Ministern speiste, was aber nach des Abg. Heckscher Versicherung der Würde der Constituirenden Versammlung durchaus keinen Abbruch that. Wichtiger und in hohem Grade erfreulich war dagegen in Heckscher's Berichte, das ehrende Zeugniß, welches die Deputation den Regierungen und den Bevölkerung aller von hier aus durchreisten Länder hinsichtlich ihrer echt deutschen Gesinnungen ertheilte, sowie die einzelnen Charakterzüge, welche sie vom Erzherzog Johann mittheilt. So z. B. gab er in Halle, als ein Student (?) sich mit der Frage: Verantwortlich oder unverantwortlich, dem Wagen näherte, die Antwort, diese Frage könne nur in Frankfurt und durch das Gesetz entschieden werden; dem Gesetze sei er unterworfen wie jeder Andere. Der Erzherzog erklärte auch, daß er nur eine parlamentarische Unverantwortlichkeit in Anspruch nehme. Der Schluß dieser Rede fand indes weit günstigere Aufnahme als der Anfang; besonders konnte seine Hinweisung auf die von den Regierungen und Volksstämmen Deutschlands bewiesene Bereitwilligkeit zu opfern für die gemeinsame deutsche Sache, als ein Protest gegen die neuesten betrübendsten Erscheinungen in Hannover betrachtet werden.

Schon während dieser Rede hatten Geschüßsalven und Glockengeläute die nahende Feierlichkeit verkündet. Der Präsident ersuchte die durch das Loos bestimmte Deputation von 50 Mitgliedern, dem Reichsverweser entgegenzugehen, und suspendirte die Sitzung. Um 11 Uhr

zig  
bereits:  
Sagen. Wesen  
Sagen. Wesen  
Handbuch  
gemeinen deut  
Besondere  
8. Geb. 2 Thl.  
be gefallen, von  
ansehen wird, die  
Der erste Band  
recht, der zweite  
erfies, die Erb  
einem Gegenstande.  
Buch der Fort  
in Text eingedr  
fluß) best. Nr. 8  
2 Thl. 20 Rgr.  
Belgiens von  
den Wänderungen  
8. Geb. 3 Rgr.  
Erinnerungen an  
im ersten Jahre  
2. Geb. 1 Thl.  
A. L.), Die  
Geschichte der  
nach dem gegen  
Wissenschaft, mit  
n Eier. Mit 10  
es Hest. (Sing-  
Tafel XXI—XXX  
4 Thl.  
rause und Hühner-  
vogel) erschien in  
ange wird in 10 Hest  
sammt Ornithologie  
Freunden herausge  
nemann. Erste  
Gr. 8, 1846. 1 Thl  
Buch der Kin  
er 10. Ausgabe ist  
F. W. Schults.  
Zusätze versehen  
d. Gr. 8. Geb.  
ankheiten. Nach  
herausgegeben von  
B. Wolf. Zwe  
ische Wechsel-  
und Erläuterung  
gr.  
Compe in  
wird sowie de  
von F. W.  
ig debittirt:  
Motte), die  
es Islandes.  
Anlage. 10 Rgr.  
ische Gedichte  
ung in der Deu  
erbesserte Aufst  
nicht statt  
Grimm.

erschien der Reichsverweser im Geleite der Deputation, nahm den ihm bestimmten Ehrenplatz ein, und Präsident v. Sagem hielt nun folgende Anrede:

Von der gegenwärtigen Stunde, in welcher die neu konstituirten Gewalten des geeinigten Deutschlands an dieser Stelle sich verbinden, zählt eine neue Zeitrechnung unserer Geschichte. Durchlauchtigster Erzherzog-Reichsverweser! Wir heißen Sie willkommen im Schooße der Nationalversammlung, die sich selbst und dem Vaterlande gelobt hat, Ew. kaiserl. Hoh. bei dem schweren Berufe, der Ihnen geworden ist, mit allen Kräften, die ihr zu Gebote stehen, zu unterstützen. In Allem, was das Band der Einheit zu stärken, die Freiheit des Volks zu sichern, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen, das Vertrauen zu beleben, die gemeine Wohlfahrt zu vermehren geeignet ist, kann des Reichsverwesers Regierung auf die Unterstützung der Nationalversammlung rechnen. Das deutsche Volk erkennt Ew. kaiserl. Hoh. Vaterlandsliebe und Widmung dankbar an. Es nimmt aber Ihre ungetheilte Kraft und Thätigkeit für seine Gesamtinteressen in Anspruch. Ew. kaiserl. Hoh. gestatten, daß ich das Gesetz über die Einführung einer provisorischen Centralgewalt verlesen lasse. (Hierauf verlas der Schriftführer, Abg. Biedermann aus Leipzig, das Gesetz über Einsetzung der provisorischen Centralgewalt. Der Präsident fuhr fort: ...) Im Namen der Nationalversammlung erbitte ich von Ew. kaiserl. Hoh. die wiederholte Erklärung in dem Schooße der Nationalversammlung, daß Sie dieses Gesetz wollen halten und halten lassen, zum Ruhm und zur Wohlfahrt des Vaterlandes.

Nach einer kurzen Pause sprach der Reichsverweser Nachstehendes: Meine Herren! Die Eile, mit welcher ich hergekommen, um in Ihrer Mitte zu erscheinen, mag Ihnen der deutlichste Beweis sein von dem hohen Werthe, welchen ich auf die mir übertragene Würde eines Reichsverwesers und auf das mir bei diesem Anlasse von den Vertretern des deutschen Volkes an den Tag gelegte Vertrauen lege. Indem ich hiermit das Amt eines Reichsverwesers anrete, wiederhole ich die Erklärung, daß ich das Gesetz über die Gründung der provisorischen Centralgewalt, welches mir soeben vorgelesen worden, halten und halten lassen will, zum Ruhme und zur Wohlfahrt des deutschen Vaterlandes. Ich erkläre zugleich, daß ich mich diesem Amt ungetheilt widmen und ungesäumt Sr. Maj. den Kaiser ersuchen werde, mich nach der von mir bereits zugesicherten Eröffnung des Reichstags von der weitem Stellvertretung in Wien zu entheben.

Die Erklärung, daß der Reichsverweser sich der übernommenen Function ungetheilt widmen werde, erregte um so freudigere Sensation, je mehr man nach den von Wien vorangegangenen Erklärungen hierüber noch in Zweifel gewesen war. In enthusiastischen Lebehochrufen brachen die Gefühle der ganzen Versammlung gegen den Reichsverweser aus, der sich sodann in Begleitung der Deputation wieder hinwegbegab. Wir bemerken hier, daß die 25 Mitglieder der äußersten Linken, welche gegen die Unverantwortlichkeit gestimmt, nicht in der Sitzung zugegen waren. Morgen wird die Berathung der Grundrechte fortgesetzt.

\* **Frankfurt, a. M., 12. Jul.** Einundsiebzigste und letzte Sitzung der deutschen Bundesversammlung. Nachdem der Erzherzog-Reichsverweser diesen Vormittag aus der Paulskirche in seine Wohnung zurückgekehrt war, verfügte sich derselbe sodann, von einer aus dem k. k. Präsidialgesandten, den königl. sächsischen, königl. württembergischen, königl. hannoverschen und dem stimmführenden Gesandten der freien Städte bestehenden Deputation des Bundestags geleitet, in das Bundespalais. Dort, in der Mitte der Bundesversammlung angekommen, nahm der Erzherzog-Reichsverweser nachstehende Adresse der Bundesversammlung entgegen, welche der Bundespräsidialgesandte in Gegenwart der sämtlichen Gesandten, ingleichen der Mitglieder der Militaircommission und einer großen Anzahl von Zuhörern, die sich bei dieser Feierlichkeit eingefunden hatten, darunter viele Mitglieder der Constituirenden Versammlung, in öffentlicher Versammlung vorlas:

Durchlauchtigster Herr Erzherzog-Reichsverweser! Die Nationalversammlung, die Vertreter des deutschen Volks, hat Ew. kaiserl. Hoh., dem von ihr erwählten Reichsverweser, eben erst in feierlicher Stunde ihre Huldigung dargebracht. Mit lautem Jubel hat sie ausgesprochen, daß sie Deutschlands Recht und Deutschlands Freiheit, die Unabhängigkeit, die Ehre und die Macht des deutschen Volks Ew. kaiserl. Hoh. vertraue. Die Bundesversammlung war es, die Sie, erlauchter Prinz, an dem denkwürdigen Tage Ihrer Wahl auch im Namen der deutschen Regierungen als Reichsverweser freudig begrüßte. Sie sah ihre Wünsche erfüllt, indem Ew. kaiserl. Hoh. das Amt eines Reichsverwesers anzunehmen erklärt haben, und mit großer Befriedigung hat sie es angenommen, daß Sie, hoher Fürst, auf den Ausdruck des Vertrauens, womit sämtliche deutsche Regierungen Ihnen entgegenkommen, den entchiedensten Werth legen. Ew. kaiserl. Hoh. treten an die Spitze der provisorischen Centralgewalt, jener Gewalt, geschaffen auf den Wunsch des deutschen Volks, um für die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats zu sorgen, seine bewaffnete Macht zu leiten und seine völkerrechtliche Vertretung auszuüben.

Nach der Verfassung Deutschlands war die Bundesversammlung berufen und verpflichtet, die Sicherheit und Unabhängigkeit unsers Vaterlandes zu wahren, den Bund in seiner Gesamtheit vorzustellen und das beständige Organ seines Willens und Handelns zu sein; sie war berechtigt, für die Aufrechterhaltung friedlicher und freundschaftlicher Verhältnisse mit den auswärtigen Staaten Sorge zu tragen, Gesandte von fremden Mächten anzunehmen und an sie im Namen des Bundes Gesandte abzuordnen, Unterhandlungen für den Bund zu führen und Verträge für denselben abzuschließen. Der Bundesversammlung war es übertragen, die auf das Militairwesen des Bundes Bezug habenden militairischen Einrichtungen und die zur Sicherstellung seines Gebietes erforderlichen Vertheidigungsanstalten zu beschließen und zu überwachen, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Die Bundesversammlung überträgt Namens der deutschen Regierungen die Ausübung dieser ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen an die provisorische Centralgewalt; sie legt sie insbesondere mit dem Vertrauen in die Hände Ew. kaiserl. Hoh., als des deutschen Reichsverwesers, daß für die Einheit, die Macht und die Freiheit Deutschlands Großes und Erfolgreiches erzielt werde, daß Ordnung und Geseßlichkeit bei allen deutschen Stämmen wiederkehre und daß das deutsche Volk der Segnungen des Friedens und der Eintracht dauernd sich erfreue. Die deutschen Regierungen, die nur das wohlverstandene Interesse des Volks kennen und beachten, sie bieten freudig die Mitwirkung zu allen Verfügungen der Centralgewalt, die Deutschlands Macht nach außen und im Innern begründen und befestigen sollen. Mit diesen Erklärungen sieht die Bundesversammlung ihre bisherige Thätigkeit als beendet an, und die Gesandten erneuern den Ausdruck ihrer persönlichen Huldigung für Ew. kaiserl. Hoh. den deutschen Reichsverweser.

Diese Adresse wurde vom Erzherzog-Reichsverweser mit folgender Gegentrede erwidert, die derselbe nachher dem Bundes-Präsidialgesandten schriftlich überreichte: Hochgeehrte Versammlung! Indem ich heute das wichtige Amt eines Reichsverwesers anrete, kann ich nicht umhin, in Gegenwart dieser hohen Versammlung meinen Dank auszudrücken für das Vertrauen, welches mir sämtliche deutsche Regierungen durch ihr Organ bei dem Anlasse meiner Wahl zu diesem wichtigen Amte zu erkennen gegeben haben. Die Art und Weise, mit welcher die hohe Bundesversammlung mich an dem denkwürdigen Tage meiner Wahl im Namen der deutschen Regierungen beglückwünschte, erfüllt mich bei Uebernahme der an die provisorische Centralgewalt übertragenen Ausübung ihrer bisherigen verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen, mit dem Vertrauen auf die thätige Mitwirkung der Regierungen zu allen Verfügungen der Centralgewalt, die Deutschlands Macht nach außen und im Innern erstarren und befestigen soll. In diesem Vertrauen erblicke ich eine sichere Bürgschaft für Deutschlands künftige Wohlfahrt.

Als der Erzherzog-Reichsverweser diese Rede geendet hatte, wurden demselben die Gesandten der einzelnen deutschen Bundesstaaten sowie die Mitglieder der Militaircommission, und zwar Erstere durch den Präsidialgesandten, Letztere durch den Vorsitzenden dieser Commission, Generalmajor Grafen v. Nobili, vorgestellt, hierauf aber der Erzherzog-Reichsverweser von den sämtlichen Mitgliedern der Bundesversammlung und der Militaircommission in den Russischen Hof zurückgeliehet. — Mit dieser öffentlichen Sitzung, welche als Plenarsitzung zu gelten hat, hat die bisherige Thätigkeit der Bundesversammlung ihre Erledigung gefunden.

— Das Frankfurter Journal vom 12. Jul. sagt: Heute begab sich der Erzherzog Johann von Oesterreich in die Constituirende Versammlung, um als Reichsverweser die Regierung des deutschen Reichs anzutreten. Und heute sind es 42 Jahre, daß der rheinische Bund geschlossen wurde, welcher das alte deutsche Reich auflöste und den Kaiser Franz II., den Bruder des Reichsverwesers zur Niederlegung der alt-deutschen Kaiserkrone veranlaßte.

— Einer telegraphischen Depesche aus **Frankfurt a. M.** vom 12. Jul. 4 Uhr Nachmittags zufolge wird Erzherzog Johann am 18. Jul. den Reichstag in Wien eröffnen und dann bleibend nach Frankfurt zurückkehren. Camphausen wird Ministerpräsident und hat angenommen. (Pr. St.-A.)

† **Dresden, 13. Jul.** Die heutige öffentliche Sitzung der II. Kammer, die wegen einer vorübergehenden geheimen Berathung erst gegen Mittag beginnen konnte, war von sehr kurzer Dauer. Auf der Tagesordnung befand sich der Bericht der Finanzdeputation über ein Decret vom 22. Mai, worin die Staatsregierung die Verwilligung einer Summe von 12,000 Thlr. zur Bestreitung desjenigen außerordentlichen Aufwandes beansprucht, welcher durch die Bildung einer Commission für die Erörterung der Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse herbeigeführt werden wird. Wie aus dem Berichte der Deputation hervorgeht, soll dieses Postulat dazu verwendet werden: 1) den Commissionmitgliedern die nöthigen Reisekosten zu vergüten; 2) ihnen während ihres Aufenthalts in Dresden Diäten und zwar diese nach dem Satze der Stände-

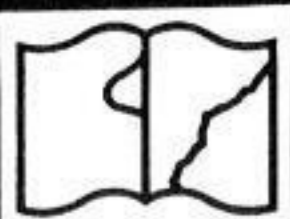
mitglieder zu  
sich schriftliche  
entschiedigen;  
Gewerbsverhã  
Schriftführer  
gab eines W  
schen Berichte

Die beric  
mit der Vor  
standen und  
Berathungen  
ohne damit be  
vereinigenden  
Befriedigung  
führt auf den  
wollen müsse,  
regierung verla  
daß die sub 3  
missionsarbeiter  
wenn und inso  
ziehen, welche  
Debatte einstim

Beim Bes  
der eine Inter  
nung gemeint  
Frankfurt nicht  
süßen von ihr  
dem Präsidium

\* **Dresden**  
landes nur mit  
Abtheilungen u  
getreten ist, d  
Wer könnte die  
dieser Geist we  
Eino durch di  
leicht gemacht  
solcher Mittel im  
doch im Stand  
res zu wecken  
unzugänglich z  
nur Einen Weg  
ihn verschmähte  
und dieser beste  
und ehlich zu  
endlich zur Gelt  
gen dieselben an  
freiwillig Hüter  
ten Regierunge  
unserer Selbststã  
öffentlichen Rec  
mehr in bevorre  
genüberstehen w  
hen; daß sie en  
Subordination,  
Inechtlicher, fur  
ganz besondern  
Ehre in sich sch  
len Vertrauen  
allen Gliedern  
Grundpfeiler.

sache uns zu fre  
vorgetreten sind  
kannt haben un  
kommen sind, an  
ihnen nur Sch  
Kraft zu schwã  
lieutenant Jul.  
nen einer De  
bindung mit gle  
nie sie selbst in  
len, der, indem  
wegung selbst in  
ist dies mehr  
eine entschlossene  
ans eine frische  
ßen und gern u  
nicht fehlen, und  
nach sich durchar  
o **Dresden,**  
legium die Wah



mitglieder zu gewähren; 3) diejenigen Commissionsmitglieder, welche sich schriftlichen Arbeiten zu unterziehen haben, hierfür besonders zu entschädigen; 4) die zeitweilige Anstellung eines mit den vaterländischen Gewerbsverhältnissen besonders vertrauten Mannes als Geschäfts- oder Schriftführer bei dieser Commission zu bestreiten, und 5) die Herausgabe eines Arbeiterblattes oder die Veröffentlichung der stenographischen Berichte über die Commissionsverhandlungen möglich zu machen.

Die berichterstattende Deputation (Referent Abg. Hauswald) ist mit der Vorlage der Regierung im Wesentlichen allenthalben einverstanden und spricht die Ueberzeugung aus, „daß jedenfalls aus den Beratungen der Commission so manches Gute hervorgehen werde, ohne damit behaupten zu wollen, daß dadurch die ohnedies schwer zu vereinigenden Wünsche der Gewerbetreibenden und Arbeiter vollständige Befriedigung erlangen werden.“ Von dieser Ansicht geleitet und gestützt auf den Grundsatz, daß, wer den Zweck wolle, auch die Mittel wolle, rath die Deputation der Kammer an, die von der Staatsregierung verlangten 12,000 Thlr. in der Voraussetzung zu bewilligen, daß die sub 3) gedachte besondere Remuneration für schriftliche Commissionsarbeiten an einzelne Mitglieder nur dann genehmigt werde, wenn und insoweit dieselben die sub 2) bezeichneten Diäten nicht beziehen, welcher Antrag auch von der Kammer ohne eine eigentliche Debatte einstimmig angenommen wurde.

Beim Beginn der heutigen Sitzung hat der Abg. Tschirner wieder eine Interpellation angekündigt, dahin gehend, ob die Staatsregierung gemeint sei, die Beschlüsse der Constituirenden Versammlung in Frankfurt nicht ohne weiteres als gültig anzuerkennen, sondern dieselben von ihrer Genehmigung abhängig zu machen; dieselbe ist von dem Präsidium auf die morgende Tagesordnung gesetzt worden.

**Wresden, 13. Jul.** Gewiß hat jeder wahre Freund des Vaterlandes nur mit großer Besorgniß gesehen, wie hier und da in einzelnen Abtheilungen unserer deutschen Heere ein Geist der Auflehnung hervorgetreten ist, der sogar zu offenbaren Widersehligkeiten geführt hat. Wer könnte die Gefahren verkennen, die uns bedrohen würden, wenn dieser Geist weiter um sich griffe? Wie soll er aber gebannt werden? Einmal durch die alten Mittel, welche es allerdings auch Unmündigen leicht gemacht haben, die Disciplin aufrecht zu halten? So wenig man solcher Mittel in Zukunft wird ganz entzihen können, so wenig werden sie doch im Stande sein, freudigen Gehorsam in allen Gliedern eines Heeres zu wecken und zu erhalten und diese Verführern und Aufwieglern unzugänglich zu machen. Es gibt nach unserer innigen Ueberzeugung nur einen Weg, der sicher zum Ziele führt, sodas Diejenigen, welche ihn verschmähten, eine große Verantwortlichkeit auf sich laden würden, und dieser besteht darin, daß die Offiziere aller Grade sich frei, offen und ehrlich zu den großen Grundsätzen bekennen, welche die neue Zeit endlich zur Geltung gebracht hat, anstatt im Verborgenen beharrlich gegen dieselben anzukämpfen; daß sie statt wie bisher, wenn auch nur unwillig Hüter und Stützen einer arglistigen Politik und eines verhassten Regierungssystems zu sein, ihren Beruf außer in der Wahrung unserer Selbstständigkeit nach außen hin in der Sicherung der gesetzlichen öffentlichen Rechte und Freiheiten im Innern erkennen; daß sie nicht mehr in bevorrechteter und getrennter Stellung dem Volke feindlich gegenüberstehen wollen, sondern mit demselben ferner Hand in Hand gehen; daß sie endlich die Hauptgrundpfeiler eines Heeres, Disciplin und Subordination, nicht mehr auf dem Geiste persönlicher Unfreiheit und knechtischer, furchtsamer Unterwürfigkeit oder auf dem Begriff einer ganz besondern soldatischen Ehre, die eine Beleidigung jeder andern Ehre in sich schließt, zu errichten suchen, sondern auf dem achtungsvollen Vertrauen der Untergebenen zu ihren Vorgesetzten und auf der in allen Gliedern lebendigen Ueberzeugung von der Nothwendigkeit jener Grundpfeiler. In dieser Beziehung haben wir Sachsen besondere Ursache uns zu freuen, daß aus der Mitte unserer Offiziere Männer hervorgetreten sind, welche mit klarem Blicke die Forderungen der Zeit erkannt haben und ihnen mit Freudigkeit und Begeisterung entgegengetreten sind, anstatt widerwillig und mit schlecht verhehltem Ingrimm ihnen nur Schritt für Schritt zu weichen und dadurch sich und ihre Kraft zu schwächen. Der Oberlieutenant Ferd. v. Wilucki und der Lieutenant Jul. Raundorff kündigen das nahe bevorstehende Erscheinen einer Deutschen Kriegerzeitung an, welche sie in Verbindung mit gleichgesinnten Männern herauszugeben beabsichtigen, um, wie sie selbst in ihrem Programm sagen: „einen Haltpunkt festzustellen, der, indem er kein starrer ist, sondern das Moment der Bewegung selbst in sich enthält, die Bewegung leitet und beherrscht.“ Es ist dies mehr als bloße Ankündigung eines neuen Journals: es ist eine entschlossene, edler Kriegsmänner würdige politische That, aus der uns eine frische Lebenslust anweht und die wir darum freudig begrüßen und gern unterstützen. Der Beifall freisinniger Männer wird ihnen nicht fehlen, und auch unsere freisinnige Regierung hat dem Vorhaben nicht sich durchaus in diesem Sinne über das Vorhaben ausgesprochen.

**Wresden, 13. Jul.** Gestern hat in unserm Stadtverordnetencollegium die Wahl eines künftigen Bürgermeisters aus den drei vom

Stadtrathe vorgeschlagenen Candidaten (Nr. 180) stattgefunden und ist wol wider Erwarten, aber gewiß nicht zu unserm Nachtheile, auf den in zweiter Stelle vorgeschlagenen geheimen Regierungsrath Schill in Leipzig mit 32 unter 58 Stimmen gefallen, während der in erster Stelle vorgeschlagene Bürgermeister Schanz in Chemnitz bloß 25 Stimmen, Bürgermeister Gottschald 1 Stimme erhielt. Heute ist nun eine Deputation der Stadtverordneten, die H. Finanzprocurator Küttner, Elbschiffahrtsprocurator Rißhner und Advocat Heymann, nach Leipzig gegangen, um dem Regierungsrath Schill die Wahl kund zu thun und ihn zur Annahme derselben zu vermögen. Derselbe hat sich zwar nicht sofort dazu bereit erklärt, jedoch zugesichert, den an ihn ergangenen ehrenvollen Ruf in Erwägung zu ziehen. Es ist also Hoffnung vorhanden, daß er die Wahl annehmen werde, und wir unsererseits können nur wünschen, daß diese Hoffnung sich erfülle.

**Leipzig, 13. Jul.** Die gestrige Sitzung des Deutschen Vereins wurde vom Vorsitzenden Dr. Götsche mit einer Erinnerung an die Durchreise des Reichsverwesers eröffnet. Die Versammlung brachte zu Ehren desselben ein dreimaliges Hoch aus. Eine Einladung des constitutionellen Clubs in Berlin zu einer großen Hauptversammlung von Abgeordneten solcher Vereine, die auf gleicher politischer Basis stehen, für Sonntag den 22. Jul., welche auch an den Deutschen Verein ergangen, veranlaßte den Vorsitzenden zu der Aufforderung, sich möglichst daran zu betheiligen. Die von dem Verein beschlossenen Adressen an die Nationalversammlung (s. unten) und an die Posener, erstere vom Prof. Erdmann, letztere vom Prof. Haupt verfaßt, fanden den allgemeinsten Beifall der Anwesenden. Hierauf stellte Prof. Jahn den Antrag, der Deutsche Verein möge in einer von ihm bereits entworfenen Ansprache an das hannoversche Volk sich über die Erklärung des Gesamtministeriums desselben, welche die Unterordnung der Hannoveraner unter die Beschlüsse der Constituirenden Versammlung in Frage zu stellen scheint, aussprechen. Er begründete seinen Antrag auf sehr kräftige und die Dinge scharf zeichnende Weise, und mit Hinweisung auf die Nothwendigkeit der Einheit und des Zusammenhaltens unter den deutschen Stämmen, damit in Frankfurt ein starker und kräftiger Bau ausgeführt werden könne. Dr. Götsche ergriff das Wort für den Antrag, indem er darauf hinwies, daß den Revolutionen von oben wie von unten mit gleichem Eifer entgegengetreten werden müsse. 1837 habe der König von Hannover die Verfassung umgestoßen: der Bundestag habe sich bei der Klage des Landes darüber für incompetent erklärt. Das Reichsparlament werde sich nicht für incompetent erklären, sondern es werde seine Beschlüsse durchsetzen. Leider stehe ein Mann an der Spitze des Ministeriums, welcher 1837 Märtyrer der Freiheit gewesen, ein Mann, welcher jetzt der Feind des deutschen Wohles sei und als solcher betrachtet werden müsse, so groß seine Verdienste früher gewesen seien. Das hannoversche Volk aber sei nicht einverstanden mit dieser undeutschen Richtung; darum spreche er für den Antrag. Prof. Erdmann ergriff das Wort und zeigte, wie durch Unterordnung unter die Beschlüsse des Parlaments die wahre Ehre des Königs, welche in der durch Wirken für das Volk erworbenen Liebe liege, nicht verletzt werde, und bewies dies schlagend an dem Beispiele des geliebten Königs von Sachsen, welcher, als er den Reichsverweser vor wenig Tagen in unser Land, in unsere Stadt eingeführt habe, die freudigsten Zeichen der Liebe und Achtung seines Volkes erhalten und dem er auch hier ein Hoch bringe. Die Versammlung war dem Vortrage mit Spannung und Beifall gefolgt; ein dreimaliges, donnerndes Hoch aus dem Munde Aller bekundete die Uebereinstimmung der Gesinnung. Die verlesene Ansprache ward einstimmig angenommen. Ein Antrag des Dr. Danzel fand in Prof. Jahn einen Redner für die Pennysammlung zum Besten der deutschen Flotte. Prof. Haupt und Adv. Eichorius sprachen sich dagegen aus, und er ward abgeworfen. Dr. Fischer stellte den Antrag, daß der Verein an die Regierung entgegen der Petition mehrerer Predigerversammlungen in Sachsen eine dergleichen richten möge, in welcher die Wahl für eine künftige Kirchenversammlung ganz frei und nicht an eine bestimmte Anzahl Geistlicher gebunden sein möchte, sowie daß man den Entwurf des Wahlgesetzes dazu nicht von dem Gutachten der Geistlichkeit abhängig machen möge. Nach kurzer Debatte nahm die Versammlung diesen Vorschlag mit Mehrheit an.

Die oben erwähnte Adresse an die Constituirende Versammlung zu Frankfurt a. M., die von der in Kosen kürzlich gehaltenen Versammlung thüringer constitutioneller Vereine (Nr. 193) ebenfalls zu der ihrigen gemacht worden ist, lautet: Der ehrerbietigst unterzeichnete Deutsche Verein zu Leipzig hat in seinem Wahlmanifeste die Sätze ausgesprochen: „Die Constituirende Versammlung, aus Allen hervorgehend, sei die allein entscheidende Behörde für des neuen deutschen Reichs Verfassung. Was die Constituirende Versammlung beschließt, das sei in Allem und Jedem unser Staatsgrundgesetz, das werde von Allen bereitwillig, ja hingebend anerkannt, es mag dem Einzelnen gefallen oder nicht.“ Ein ganz entgegengelegter Sinn waltet in einem aus Frankfurt a. M. vom 28. Jun. d. J. datirten „Aufruf an das deutsche Volk“, der uns soeben zugekommen ist. Er hat uns mit Entrüstung erfüllt. Die Veranlassung aber, dies vor der

hohen Nationalversammlung auszusprechen, finden wir in der Form der Unterzeichnung jenes Placats, welche darauf berechnet zu sein scheint, im deutschen Volke die Täuschung hervorzurufen, als sei dasselbe von den 92 Mitgliedern der Nationalversammlung ausgegangen, deren Namen darauf verzeichnet sind. Wir fühlen uns verpflichtet, zu erklären, daß wir diesen verbreiteten Irrthum nicht theilen und nur die als „provisorischer Ausschuß der demokratischen Vereine zu Frankfurt a. M.“ unterzeichneten H. P. Ronge, Metternich und Bayrhauser für die Urheber des „Ausrufs“ halten. Es verpflichtet uns zu dieser Erklärung die hohe Achtung, welche wir der deutschen Nationalversammlung auch in der Minorität ihrer Glieder schuldig sind, deren Ansichten wir nicht zu theilen vermögen. Wir theilen diese Ansichten nicht, aber wir ehren sie als den berechtigten Ausdruck der Meinung einer Minderheit des deutschen Volks, und diese Gesinnung sprechen wir aus, indem wir die Art, wie die Namen jener Männer der Linken, welche gegen das Gesetz über Einführung einer Centralgewalt stimmten, auf dem Placat aufgeführt sind, als einen die Nation verlegenden Mißbrauch, als einen unehrenhaften Kunstgriff bezeichnen. Wir wenden uns zu dem Inhalte des Ausrufs selbst, um der hohen Nationalversammlung in dem Augenblicke, wo ein schamloser Angriff auf dieselbe erfolgt ist, die Empfindungen auszusprechen, welche er in uns, und wir dürfen es mit Sicherheit sagen, in der beinahe größten Mehrheit aller Deutschen erregt hat, denen jenes Placat bekannt geworden ist. Es sind dies die Empfindungen tiefen Schmerzes über den Zustand des Vaterlandes, welcher es möglich macht, daß einige aller politischen Tugend bare Söhne desselben öffentlich und ungeheuer zum Verbrechen des Volksverraths aufrufen können; es sind dies aber auch freudige Empfindungen, welche sich auf die Wahrnehmung gründen, wie das deutsche Volk, übersättigt von dem Treiben einer kleinen Partei, die in der Revolution nicht das Mittel, sondern den Zweck sieht, mehr und mehr beginnt sich abzuwenden von demselben und ihm entgegenzutreten mit dem Ernst und dem Muth, auf dessen Mangel im Kerne des Volks die Rechnung der Partei des Umsturzes gegründet ist. Nur auf Schwäche des Volkes rechnend konnte die verblendete Annahme der Verfasser jenes „Ausrufs“ es wagen, das Volk aufzufodern, sich gegen die Beschlüsse der Reichsversammlung zu erklären und diesem Volke vorzuschreiben, welche Beschlüsse es fassen müsse. Die Majorität der Nationalversammlung soll als volksfeindliche „Macht“ verworfen werden, die Minorität soll herrschen. Wir würden nur Verachtung oder Mitleid solchen Äußerungen zu Theil werden lassen, wenn nicht das Trauerspiel an der Seine, das soeben blutig und erschütternd vorübergegangen ist, mahnend und warnend uns zurief, wohin politischer Wahnsinn führen kann. Deutschland hat seine Fesseln gesprengt, um frei zu sein und frei zu bleiben, nicht aber um sich knechten zu lassen von einer kleinen Partei, die, wenn sie zur Herrschaft käme, uns ärgere Tyrannen liefern würde, als Deutschland sie je gehabt.

Solches Unglück von uns abzuwenden, gibt es nur ein Mittel; das deutsche Volk wird es mehr und mehr erkennen und ergreifen. Es heißt: Festes Halten an der aus des Volkes freier Wahl hervorgegangenen Nationalversammlung. Sie ist der Träger seines Willens, der sich verkündet durch ihre Majorität. Hart mögen die Gegensätze sich berühren im parlamentarischen Kampfe; Achtung gebührt jeder Meinung; sobald aber die Mehrheit gesprochen, muß ihr Wort das Gesetz sein, dem Jeder zu gehorchen hat, und wer sich dessen weigert und zur Auflehnung ruft, erklärt sich für des Vaterlandes Feind. Man spielt mit dem Worte Volkssouveränität, wenn man sie beliebig verpflanzen zu können meint; sie ruht ausschließlich in der Majorität der Nationalversammlung, der sie vom Volke frei übertragen wurde. Jenes Spiel wird leider getrieben. Kaum sind die ersten Bausteine zum Gebäude deutscher Einheit zusammengesetzt, so sucht die Partei des Umsturzes zu unterwühlen, was die organisirte geschaffen, und droht mit neuer Revolution. Doch sie ist gerichtet, gerichtet in der Meinung der großen Mehrheit der Deutschen, die ihr Vaterland lieben, sie ist gerichtet durch ihre Thaten. Zu seinen freigewählten gesetzlichen Vertretern aber wird das Volk stehen; von ihnen allein erwartet es seine Zukunft, und diese Zukunft, wenn erst dem Ungeheuer der Anarchie das Haupt zertreten ist, wird eine schöne und große sein. Leipzig, den 8. Jul. 1848. Der Deutsche Verein.

— In **Zwickau** ist am 12. Jul. bei der Wahl eines Landtagsabgeordneten und Stellvertreters für den 15. Bezirk Bürgermeister Linde von Werdau zum Abgeordneten, und der Fabrikant Scharf in Zwickau zum Stellvertreter ernannt worden.

**München**, 12. Jun. Einer königl. Erklärung bezüglich der frankfurter Beschlüsse über die Reichsverversammlung dürfen wir wol noch entgegensehen. Ist sie auch formell nicht gerade unerlässlich, so bietet sie doch die günstigste Gelegenheit, laut und entschieden die Aneignung des den frankfurter Beschlüssen zu Grunde liegenden politischen Principes auszusprechen. (N. C.)

— In **Regensburg** haben am 10. Jul. Ruhestörungen stattgefunden, wobei zwei Personen getödtet und sieben verwundet worden sind. Die Regensburger Zeitung vom 11. Jul. schreibt über diese Vorfälle: In Folge mehrmaliger thätlicher Reibereien kam es gestern Abend zwischen Soldaten des 8. Regiments aus Passau und des 3. Bataillons des 4. Regiments der hiesigen Garnison in einem Brauhause zu Stadthof zu einem erbitterten Wirthshausexcess und später gegen die Nacht zu einem bedauerlichen Ereignisse mit blutigen Folgen. Die untern Schichten der Bevölkerung nahmen gegen die passauer Soldaten Partei und griffen das hiesige Rathhaus, in welchem ein Theil des passauer Regiments einquartiert ist, unter Geschrei und Toben mit einem Steinbombardement an, und alle Beruhigungsversuche waren ver-

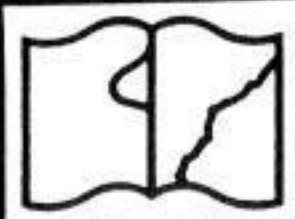
geblich, sodas eine Patrouille, mit Geschrei und Steinwürfen attackirt sich genöthigt glaubte, von der Feuerwaffe Gebrauch zu machen. Gleich nach dem Feuern stoben die Tumultuanten mit einer Masse von neugierigen Zuschauern, auch Frauen und Kinder darunter, auseinander und der Platz wurde frei. Vorher schon war Generalmarsch geschlagen worden, die Landwehr und die Stadtwehr entsendeten von ihren Sammelplätzen starke Patrouillen durch alle Gassen, und nach Mitternacht schon war die Stadt wieder vollkommen ruhig. Zertrümmerte Fenstergläser und einzelne Kugelmale an den Häusern sind die äußern Spuren des gestrigen nächtlichen Vorfalles, der, was ausdrücklich bemerkt wird, von der einen politischen noch einen socialen Charakter trug. (N. C.)

**Stuttgart**, 11. Jul. Heute fand hier zur Feier der Annahme der Reichsverfassung durch den Herzog Johann ein festlicher Kirchgang statt. Die sämtlichen Waffengattungen der Bürgerwehr hatten sich zahlreich auf ihren Sammelplätzen eingefunden und marschirten von da auf den Marktplatz. Die Bürgerartillerie feuerte von der Höhe des Kanonenwegs herab 50 Schüsse zur Feier des Tages. Der Marktplatz aus begab sich der Zug, in dessen Mitte die bürgerliche Collegien und viele Einwohner der Stadt gingen, zur Stiftskirche, wo Herr Deitinger die Rede hielt. (S. M.)

**Freiburg**, 10. Jul. Heute Morgen sind zwei Compagnien Infanterie von hier nach dem hintern Wiesenthal abgegangen. Am 18. Jun. hatte eine Volksversammlung in Zell im Wiesenthal stattgefunden, wobei es nicht an aufrührerischen Reden und Vorschlägen fehlte. Namentlich sollte auf erneute Organisation des ultrademokratischen Bundes in Volksvereinen, Verbreitung entsprechender Zeitungen und Flugblätter u. s. w. hingewiesen und seither Dem entsprechend in der Gegend gewirkt worden sein. Damit wird die Einleitung einer Unternehmung gegen den Vicar Beck in Zell und den Literaten Dials in Pörsach in Zusammenhang gebracht. Der angeordneten Vernehmung der Vicars aber haben sich zeller Bürger gewaltsam widersetzt, und die Behörden in Schönau sahen sich außer Stand, dem Willen des Gesetzes nachdruck zu geben. (Freib. Z.)

**Kassel**, 12. Jul. In der gestrigen Sitzung der Stände berichtete Abg. Rebellthau für den Verfassungsausschuss über verschiedene bei Berathung des Wahlgesetzes gestellte Anträge, nämlich des Abg. Weingärtel auf Einführung directer Wahlen, des Abg. Lederer wegen Vorlage eines neuen Wahlgesetzes auf die Grundlage directer Wahl und des Repräsentativsystems, und des Abg. Henkel auf Aufhebung der besonderen Erfordernisse für die Wahl zu Wahlmännern. Der Ausschuss sprach sich gleichmäßig gegen diese Anträge aus und die Anträge wurden von der Kammer abgelehnt. Abg. Rebellthau berichtete ferner über den Antrag des Abg. v. Schenk auf Aufhebung der gesetzlichen Beschränkungen wonach die Ritterschaften nur aus ihrer Mitte Abgeordnete wählen dürfen. Dieser Antrag wurde angenommen und die Bemerkung im Protokoll aufgenommen, daß die gesammte Ritterschaft dafür gestimmt habe. Die Abgg. Henkel und Lotich erklärten ihren Dissens hiergegen zu Protokoll. Abg. Henkel hatte sich nämlich überhaupt gegen die besondere Vertretung des Adels erklärt. Folgende Gesetzentwürfe: 1) die Glaubwürdigkeit und besondere Belohnung der zur Aufsicht gegen Vergehen und zur Anzeige derselben bestellten untern Diener, 2) die ständische Geschäftsordnung und 3) das Petitions-, Einigungs- und Versammlungsrecht betreffend, wurden in der Revisionsinstanz beraten und der erste und dritte einstimmig, der zweite gegen eine Stimme im geheimer Abstimmung angenommen. Auf eine Eingabe des Ortsverbandes von Friedendorf, Eodenhäusen und Einsingen wurde beschloffen, die Regierung um einen Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Schulverbände zu ersuchen. Abg. König berichtete für den Cultusausschuss über den Antrag des Abg. Pfeiffer auf Zulassung der Ehe zwischen Juden und Christen; der Antrag des Ausschusses, die Regierung zu ersuchen, beim demnächstigen Gesetzentwurf über die bürgerliche Stellung der Dissidenten, auch in Betreff der Ehe zwischen Christen und Juden die geeigneten Bestimmungen aufzunehmen oder dieses durch ein besonderes Gesetz zu thun, wurde ohne Discussion angenommen. Ein Mittheilung der Landtagscommission, die Abschrift des Inventars des Staatsvermögens betreffend, wurde dem Budgetausschuss überwiesen. Nachdem auf den Antrag des Abg. Henkel einstimmig eine Solicitation wegen des Lehn- und Meiergesetzes, sowie die Aufnahme der erweiterten Berathung des Pressegesetzes an die Spitze der nächsten Tagesordnung beschloffen war, wurde die Sitzung geschlossen.

Das untern 1. Jul. veröffentlichte Gesetz, die Aufhebung der Jagdgerechtfame und die Verhütung des Wildschadens betreffend, bestimmt im Wesentlichen Folgendes: §. 1. Alle bisherige Jagdgerechtfame auf fremdem Grund und Boden wird nach den folgenden Bestimmungen aufgehoben und geht auf die Eigenthümer beziehungsweise die Gemeinden, soweit die Gemartungen derselben reichen, über. §. 2. Auf Flächen, welche mindestens 100 Casseler Acker (1 Casseler Acker ist um ca.  $\frac{1}{17}$  kleiner als der preussische Morgen, von denen 2,1675 einen Acker im Königreiche Sachsen ausmachen) im Zusammenhange enthalten, steht das Jagdrecht dem Grundeigent-



thümer, au  
sammenhan  
bisherigen  
ziehungsw  
schädigt. W  
Acker des  
hält der bi  
Abtrage de  
biges Nach  
Sommer  
trages gege  
erwaniger  
hand soll d  
f. s. Gru  
und mit W  
ausgenomm  
Leibgehege  
Schwarz-  
oder solcher  
sind, daß d  
gend Schad  
Jagd wird  
außerdem  
sowie zum  
dung von  
andern Be  
stahls. S-  
gehoben.  
des Wildes  
der Feld-  
Jagdstrafka  
einige Säk  
gegenwärtig  
Wilddiebst  
reits erlan  
die dadurch  
nieder ein.  
Darn  
die Ausga  
Kammer d  
einstimmig  
5 Fl., 10  
35 und 70  
der Thalern  
von 2 Milli  
Gelde im  
rantiet, oh  
auf die Til  
einem Bes  
1851 werde  
renten wic  
nahme des  
zugebenden  
Vollendung  
werden.“  
Gegenstand  
schäftsmän  
hebung de  
pfehlenswer  
regierung  
tor und K  
zu Hebung  
leichterung  
gegen einen  
gebenen W  
die Staats  
zu machen,  
lassen.“ B  
nator und  
men abgele  
des Abg. L  
Fl. in der  
ebenso mit  
Staatsregi  
ligten zwei  
des Gewer  
stimmig de  
halb abgeg  
lage eines  
die Gewer  
richtung ein

Stammern, auf allen Grundstücken von weniger als 100 Kasseler Acker zusammenhängenden Flächenraums aber der Gemeinde zu. §. 3. Die bisherigen Jagdberechtigten werden für das an die Grundbesitzer, beziehungsweise die Gemeinden übergehende Jagdrecht von denselben entschädigt. Der Entschädigungsbetrag wird auf 2 Sgr. für jeden Kasseler Acker des Jagdreviers bestimmt. Bis zur Erlegung dieses Betrags behält der bisherige Berechtigte die Ausübung des Jagdrechts. §. 5. Zum Abtrage der Entschädigungsbeträge sollen den Gemeinden auf deshalbiges Nachsuchen Darlehen aus der Landescreditkassa in abgerundeten Summen zu 4 Proc. Zinsen und mindestens 1 Proc. jährlichen Abtrages gegen einfache Schuldbekanntnisse hergeliehen werden. §. 6. Eintragsantrag Lehns-, Fideicommiss-, Stammguts- oder ähnlicher Verhältnisse soll der Auszahlung an den Berechtigten nicht entgegen stehen. §. 8. Grundstücke, welche mit einer Mauer oder dichten Einzäunung und mit Verschluß versehen sind, bleiben von der Ausübung der Jagd ausgenommen. §. 9. Sämmtliche Staatsjagden (mit Ausnahme der Leibgehege) sind künftig öffentlich meistbietend zu verpachten. §. 10. Schwarz- und Rothwild (Edel- und Dammwild) darf nur in Parks oder solchen Revieren unterhalten werden, welche dergestalt befriedigt sind, daß das Wild weder ausbrechen noch an fremdem Eigentum irgend Schaden anrichten kann. §. 11. Die unbefugte Ausübung der Jagd wird mit einer Strafe bis zu 10 Thlr. belegt und verpflichtet außerdem zur Ablieferung des sich etwa angeeigneten Gegenstandes, außerdem zum Erfase des etwa angerichteten Schadens. Die Entwendung von Jagdgegenständen aus umzäunten Parks, Thiergarten und andern Behältnissen unterliegt der Bestrafung des gemeinen Diebstahls. §. 12. Das Recht der Jagdfolge (Folge, Nachfolge) ist aufgehoben. Ebenso alle und jede Bestimmung wegen des Hagens des Wildes und der Schießzeit, jedoch unbeschadet der Beobachtung der Feld- und forstpolizeilichen Vorschriften. Aufgehoben ist auch der Jagdstrafartikel in der Verordnung vom 30. Dec. 1822, wovon nur einige Sätze bestehen bleiben. Wegen aller bis zum Erscheinen des gegenwärtigen Gesetzes begangenen Jagdvergehen, einschließlich des Wilddiebstahls, soll weder eine Strafe erkannt, noch die etwa bereits erkannte verbüßt werden. Die bereits Verurtheilten treten in die dadurch etwa verlorenen bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte wieder ein. (R. A. 3.)

**Darmstadt, 11. Jul.** Die II. Kammer verhandelte heute über die Ausgabe von Papiergeld. In der Sitzung am 27. Jun. hatte die Kammer den desfallsigen Gesetzentwurf mit einigen Modificationen einstimmig angenommen. Es werden hiernach fundirte Scheine zu 1 Fl., 5 Fl., 10 Fl. und 50 Fl. und nach einem Zusatz der Kammer auch zu 35 und 70 Fl. zur Erleichterung des Verkehrs mit den Ländern, wo der Thalerfuß herrscht, nach und nach ausgegeben im Gesamtbetrage von 2 Millionen Fl. Sie gelten im vollen Nennwerthe gleich baarem Gelde im Verkehr und an allen Kassen, sind von den Ständen garantirt, ohne deren Bestimmung sie nicht vermehrt werden dürfen, und auf die Tilgungsrenten speciel hypothekisirt, weshalb sie auch nach einem Beschlusse der Kammer Grundrentenscheine heißen. Vom Jahre 1851 werden sie mit jährlich 80,000 Fl. von dem Ertrage der Tilgungsrenten wieder eingelöst und vernichtet. Die Kammer hat an die Annahme des Gesetzes ausdrücklich die Bedingung geknüpft, „daß die auszugebenden Scheine vorzugsweise für den Fortbau, beziehungsweise die Vollendung der südlichen Strecke der Main-Weser-Bahn verwendet werden.“ Der erste Ausschuss hatte in seinem Berichte über diesen Gegenstand noch einen Vorschlag zweier hiesigen Bürger und Geschäftsmänner auf weitere Ausgabe einer Mill. Fl. Papiergeld zur Hebung des Handels und der Gewerbe näher beleuchtet und sehr empfehlenswerth gefunden. Er gründete hierauf den Antrag: „die Staatsregierung zu ermächtigen, nach dem Vorschlage der H. R. L. Senator und Karl Reh eine Mill. Fl. in fundirten Scheinen ausschließlich zur Hebung und Unterstützung des Handels und der Gewerbe, zur Erleichterung der Privaten, zu Darlehen an Gemeinden und Sparkassen gegen einen Zinsfuß von 4½ Proc. und gegen Deponirung der angegebenen Werthe (Obligationen) zu verwenden; für den Fall jedoch, daß die Staatsregierung Bedenken trüge, von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen, einen desfallsigen Gesetzentwurf an die Stände gelangen zu lassen.“ Bei der Abstimmung ward jedoch der Vorschlag der H. Senator und Reh oder der Antrag des Ausschusses mit 32 gegen 5 Stimmen abgelehnt, desgleichen mit 31 gegen 6 Stimmen das Amendement des Abg. Lerch: „die Staatsregierung zu ermächtigen, eine halbe Mill. Fl. in der vom Ausschusse vorgeschlagenen Weise zu verwenden;“ ebenso mit 33 gegen 4 Stimmen der Antrag des Abg. Görz, „die Staatsregierung zu ersuchen, mittels Darlehen aus den bereits bewilligten zwei Mill. Fl. Grundrentenscheinen dem dringenden Bedürfnisse des Gewerbestandes u. abzuhelfen.“ Dagegen trat die Kammer einstimmig dem Antrage des Abg. Görz bei: „auf den Grund ihrer deshalbig abgegebenen Erklärungen die Staatsregierung um sofortige Vorlage eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, um eine nachhaltige Hilfe für die Gewerbe, die Industrie und den Handel zu schaffen“ (durch Errichtung einer Landescreditbank).

**Kendzburg, 11. Jul.** Unsere Stände sind gestern wieder zusammengetreten, um die Vorberathung über den letzten Hauptgegenstand ihrer Berathungen, die Finanzvorlage, zu beginnen. Am Schlusse der Sitzung stellte der Präsident an den Regierungskommissar die Interpellation: welchen Grund oder Ungrund das Gerücht über die gegenwärtigen Kriegsoperationen und Beendigung derselben habe. Die Antwort lautete jedoch dahin, daß er zur Zeit durchaus keine Mittheilung über diesen Gegenstand machen könne. Uebrigens sei es wol nicht unwahrscheinlich, daß er in den nächsten Tagen werde Mittheilung machen können. In der heutigen Sitzung interpellirte der Abg. Köst den Regierungskommissar wegen der Waffenstillstandsgerüchte und der damit verbundenen Friedensbedingungen, wobei er erklärte, daß das Volk keine Steuern bezahlen werde, wenn die provisorische Regierung willkürlich verändert würde. Der Commissar ertheilte eine ähnliche Antwort wie in der gestrigen Sitzung. Mehrere Mitglieder waren der Ansicht, daß unter diesen Umständen die Discussion des Budgets aufgehoben und die Stände vertagt werden müßten. Diese Anträge sowie ein Vorschlag des Präsidenten, sich in geheimer Sitzung zu berathen, wurden abgelehnt, und mit einer Majorität von zwölf Stimmen beschlossen, die Finanzdebatte morgen öffentlich fortzusetzen. (H. C.)

— Die Börsen-Halle vom 12. Jul. schreibt, aus den neuesten Berichten aus Nordschleswig ergebe sich, daß der Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark, von welchem während der letzten Tage so vielfach die Rede gewesen, nicht in Berlin und Kopenhagen, sondern zwischen den Befehlshabern der einander gegenüberstehenden Heere abgeschlossen werden solle und daß, wie authentische Mittheilungen vom 9. Jul. erwarten lassen, der Abschluß in einigen Tagen stattfinden werde.

**Katzburg, 8. Jul.** Große Freude erfüllte in diesen Tagen unsere Herzen, und laut ertönte dieser Jubel durch die Stadt. Der Landtag war vorgestern versammelt, denn der deutsche Mann Welcker war gekommen, abgesandt von den obersten Behörden Deutschlands, uns die Freiheit zu bringen. In seiner Rede vor den versammelten Volksvertretern erklärte er, „das Herzogthum Lauenburg sei von Deutschland mit Sequester belegt und das Volk solle jetzt seine Administratoren selbst wählen.“ Er sprach von Lauenburgs Vergangenheit, Gegenwart und wahrscheinlicher Zukunft. Die Vergangenheit bot wenig Gutes und viel Bejammernswürdiges. Durch eine merkwürdige Schicksalsfügung hatte vor 31 Jahren derselbe Mann, Welcker, das deutsche Lauenburg als dänische Behörde in Besitz genommen, derselbe Mann, welcher jetzt das Herzogthum für frei, unabhängig von allen Monarchen der Erde, für deutsch erklärt. Vor 31 Jahren hätten die Lauenburger geschlafen, und er gestehe seine Verwunderung ein, nach 31 Jahren schliefen sie noch. Wohl wisse er aber, daß nach den Befreiungskriegen, worin dieses Land der Kriegsschauplatz gewesen, wo die Bewohner dieses Landes Alles geopfert, um den Feind zu vertreiben; wohl wisse er, daß damals dieses treue, deutsche Fürstenthum schmächtig zerrissen und an eben jenen Feind verhandelt wurde. (Da ist uns das Herz gebrochen.) Jetzt wolle er uns aufwecken. Die Gegenwart, eine trostlose Folge jener Schmach, habe uns dem Hohn und Spott der ganzen Welt bloßgestellt. Deutschland wolle dies nicht länger dulden. Dazu sei er hergesandt. Wir sollten erklären, ob wir Deutsche oder Dänen wären. Als ein Glied des großen, mächtigen deutschen Vaterlandes stände uns eine herrliche Zukunft bevor, und bei endlicher Ausgleichung unserer Beziehungen zu Dänemark dürften wir kein Opfer scheuen. Das war ungehörig der langen, herrlichen, kunst- und inhaltsreichen Rede kurzer Sinn. Sie schmetterte uns nieder in den Staub, aber sie erhob unsere Herzen und gab uns Trost. In lautloser Stille, mit der gespanntesten Aufmerksamkeit vernahmten Stände und Volk die hier bisher unerhörten Worte. Bald aber verbreitete sich der Jubel in der ganzen Stadt. Abends zog die Liedertafel mit der deutschen, mit der jetzt freien lauenburgischen Fahne und mit ihrem Banner vor die Wohnung des verehrten Mannes, sang ihm deutsche Lieder und brachte ihm und Deutschland ein herzliches, kräftiges Hoch. Die Rede Welcker's bei diesem Anlaß war ein bestätigender Commentar des Obigen und ein Ausdruck der Freude über die Bethätigung unserer deutschen Gesinnung.

Am folgenden Tage beendigten die Stände die Wahl der Administratoren. Kaum war diese erwartete glückliche Handlung bekannt, so wurden in aller Eile und Stille Vorbereitungen getroffen, zu beweisen, daß wir nicht schliefen, daß auch wir aufgewacht seien. Gegen Abend zog die Schützengilde, zogen die sämmtlichen Gewerke und mit ihnen fast die ganze Stadt auf den großen Marktplatz; ein Kreis wurde gebildet und ungefähr folgende Worte leiteten die Feier ein: „Deutsche Brüder! Wir haben uns versammelt, und so viel sich in der kurzen Zeit bemerkstelligen ließ, im höchsten Staat und Pomp, um laut vor aller Welt, vor ganz Deutschland besonders, frei und jubelnd unsere Freude zu äußern, daß wir nach 31jähriger Unmündigkeit, nach 31jährigem Stillschweigen endlich ungehindert von aller äußern Gewalt und anerkannt von dem gesammten Vaterlande uns für echte, treue, ehrliche Deutsche bekennen dürfen. Für echte Deutsche! Das waren wir Lauenburger im-

mer und immer in unserm Herzen und Bewußtsein. Die Verhältnisse erlaubten nicht, diese ewige Wahrheit vor unsern deutschen Mitbürgern geltend zu machen; die bekannten trostlosen Verhältnisse trugen Schuld, daß wir ungerechterweise in den schmählischen Verdacht undeutscher — dänischer Gesinnung gerathen sind, daß wir zum Hohn und Spott von Deutschland dassehen! Der Zweck unserer heutigen Jubelfeier ist, vor allen andern Lauenburgern zuerst unsere alte Anhänglichkeit an das deutsche Vaterland öffentlich, freudig und donnernd zu verkünden; ferner um den Verleumdungen Anderer entgegenzutreten und unsere gefährdete Ehre zu retten. Unsere Ehre, die ohne unsere Schuld in aller Hinsicht angegriffen und uns sogar beinahe gänzlich geraubt werden soll. Drum noch einmal, wir allesamt sprechen aus und rufen aus allen Kräften: Wir waren und sind Deutsche und wollen es ewig bleiben! Darum ein endloses Hoch dem deutschen Lande, dem freien deutschen Lauenburg, unserm Vaterlande! — Den auf diese kurze Rede folgenden Jubel, Kanonendonner und die Gewehrsalven, das Rauschen und Schmettern der begleitenden Musik, die zahlreichen nachfolgenden Toaste, die Umzüge durch die im hellen Glanze der Illumination strahlende Stadt — kurz unsere Freude, die bis zum hellen Morgen auf laute, aber gesehete Weise sich äußerte, vermag ich nicht zu beschreiben. (H. G.)

**Altona**, den 12. Jul. Vorgestern soll Geheimrath Welder von Ragsburg nach Rendsburg gekommen sein, um in Betreff des Lauenburgischen Continents Bestimmungen zu treffen. Wie es heißt, soll Lauenburg selbst während des Waffenstillstandes von Frankfurt aus administriert werden. — Heute findet in Rendsburg eine große Feierlichkeit zu Ehren der Ernennung des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser statt.

**Altenburg**, 11. Jul. In der sechsten Sitzung der Landschaft zeigte Minister Jese an, daß Advocat Hempel II. für die Städte Gößnitz, Lueda und Meuselwitz zum Abgeordneten erwählt sei, und daß dem Eintritte desselben in die Landschaft von Seiten des Ministeriums nichts im Wege stehe. Unter den eingegangenen Petitionen war eine der hiesigen Kramerinnung um Verwendung für Errichtung einer öffentlichen Discontobank, und eine sämmtlicher Rittergutsbesitzer des Landes, bei der bevorstehenden, von ihnen selbst gewünschten Aufhebung der nutzbaren gutherrlichen Rechte auf Festsetzung einer gerechten und billigen Entschädigung dafür Bedacht nehmen zu wollen. Auf der Tagesordnung stand der Bericht über die Ueberreichung der landschaftlichen Adresse an den Herzog. Die Deputation war vom Herzog, obwohl körperlich leidend und angegriffen, im Beisein des Ministeriums empfangen worden; er nahm die Adresse aus den Händen des Landschaftspräsidenten mit der Aeußerung entgegen: daß er durch die That beweisen würde, wie sehr er geneigt sei, einer dem zeitgemäßen Bedürfnis und der staatsrechtlichen Verbindung des Herzogthums mit dem übrigen Deutschland entsprechenden Ausbildung des Staatslebens förderlich zu sein. Er hätte dabei stets das wahre Interesse aller seiner lieben Landesbewohner im Auge, und da er bei der Landschaft eine gleiche Gesinnung voraussetze, so hoffe er, daß die Staatsregierung und die Landschaft im Laufe der begonnenen Verhandlungen über die Mittel zu diesem Zwecke sich einigen würden. Die dann vorgenommene Wahl des zweiten Landschaftspräsidenten fiel auf den Abg. Schwepfinger. Der angefertigte Vortrag der Finanzdeputation über die Creirung eines Papiergeldes erfolgte nicht, sondern man beschloß im Interesse gründlicher Erwägung der überaus wichtigen Angelegenheit, den Commissionsbericht und die obige, darin noch nicht beachtete Petition wegen Errichtung einer öffentlichen Discontobank drucken zu lassen und an die Abgeordneten zu vertheilen. Außerdem wurde noch ein Antrag des Abg. Erbe, bevor zur Creirung des Papiergeldes geschritten werde, erst eine gründliche Revision der Kassen vorzunehmen, damit die Landschaft wisse, ob noch baarer Kassenvorrath vorhanden, ob also überhaupt die Creirung eines Papiergeldes nothwendig sei, mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen.

**Oldenburg**, 11. Jul. In einer Eingabe an den Großherzog sind folgende Abänderungen in dem Wahlgesetze (Nr. 184) beantragt: 1) Sollen der Vermögenscensus (§. 17), 2) die Urlaubsverweigerung (§. 3) und 3) der Eid (§. 58) wegfallen; 4) soll die Kammer ihren Vorstehenden selbst wählen und nicht durch den Großherzog bestätigen lassen (§. 62); 5) soll ein Abgeordneter nur nach Beschluß der Kammer zu gerichtlicher Verantwortung gezogen werden (§. 70), und 6) glaubte man über die Verzögerung der Wahl der Abgeordneten jetzt eine Beschwerde mit Erfolg nicht mehr erheben zu können. — Das heute ausgegebene Gesetzbuch enthält eine Bekanntmachung wegen Herabsetzung des Schulgeldes in den Volksschulen. (W. Z.)

**Arnstadt**, 11. Jul. Kaum war gestern hier bekannt geworden, daß der zum deutschen Reichsverweser gewählte Erzherzog Johann Bahnhof zu Reudietendorf berühren werde, als sich über 300 M. der hiesigen Communalgarde um 1 Uhr mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel auf den Weg machten, um ihn dort zu begrüßen. Eine große Anzahl hiesiger Einwohner zu Wagen und zu Fuß begleitete den Zug, dem sich aus den benachbarten Ortschaften noch

viele Andere anschlossen. Als mit dem letzten Wagenzuge die Nachricht kam, der Erzherzog werde erst Abends um 10 Uhr eintreffen, beschloß man, ihm eine sofort entworfene Adresse überreichen zu lassen, und kehrte nach Hause zurück. Der Kanonendonner von der erfurter Citadelle um 10 Uhr und vom Friedensstein in Gotha um 11 Uhr verkündigte den nach Hause zurückgekehrten Arnstädtern die Ankunft des Reichsverwesers in den genannten Städten. Der Herzog von Gotha war in Begleitung des Ministers v. Stein dem Erzherzoge bis Dietendorf entgegengekreist.

**Sondershausen**, 9. Jul. Es war einmal eine Zeit, in der unser kleines Ländchen größeren Staaten als Muster vorgestellt, als ein kleines Paradies gepriesen wurde. Es war dies die Zeit des Beginns der jetzigen Regierung. Allein gerade dieses Ländchen bietet jetzt ein trübes Bild namentlich finanzieller Zerrüttung dar. Die Hauptursachen hiervon sind die Menge Beamten in der Verwaltung und der häufige Wechsel der Mitglieder des Geheimrathscollégiums, hervorgegangen aus dem im Landesgrundgesetze reservirten Rechte des Fürsten, die Mitglieder dieses Collégiums nach der allerunbeschränktesten Willkür für sich zu wählen, einem Rechte, was reichlich geübt worden ist, und in Folge dessen sehr bedeutende Pensionen an Männer, die in der Blüte der Kraft stehen, gezahlt werden müssen. Es ist Zeit, daß dem endlich einmal gesteuert werde, und nicht allein bei uns, sondern in ganz Deutschland. Die jetzige Regierung beginnt Ersparnisse für die Staatskasse bei solchen Angestellten, welche keinen Rechtstitel für ihre fernere Verwendung im Staatsdienste oder für Pensionirung haben, z. B. auf Antrag der Stände bei den Mitgliedern des Militairmuseichors. Allein bei dem Volke siegt das Billigkeits- über das Rechtsgesühl und man sagt: warum ein Kunstinstitut aufheben, um dem Lande die Ersparniß weniger Hundert Thaler durch die Proklosigkeit mehrerer Familien zu erkaufen, während man Exministern, auf deren Dienste das Land beharrlich resignirt, die Pensionen zu Tausenden von Thalern zahlt? — Wie verlaudet, soll der Landtag in der Kürze einberufen werden, um über ein neues Wahlgesetz zu berathen. — Rühmlich hervorgehoben zu werden verdienen die wöchentlichen Bürgerversammlungen hier, welche sehr belebend und weckend auf den Gemeingeist einwirken.

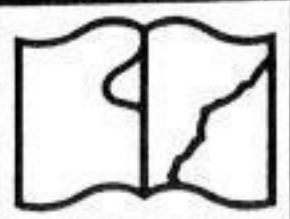
**Detmold**, 11. Jul. In unserm Lande scheint die bisherige Aufregung immer mehr einer soliden Stimmung Platz machen zu wollen. Einestheils mag hierzu allerdings wol beitragen, daß durch die Niederlage der Anarchie in Paris und die neue Wendung der Dinge in Frankfurt, wodurch immer mehr in die Bahn des Rechts und der Ordnung eingelenkt wird, dem blinden Radicalismus überall und somit auch hier ein lähmender Schlag beigebracht ist, um so mehr, da jetzt diejenigen, welche sich blos dazu hielten, um weiter zu kommen, die Ueberzeugung gewinnen werden, daß jeder rechtlich Gesinnte sich Grenzen setzen und sagen muß: Bis hierher und nicht weiter. Andern- und vielleicht größerntheils liegt aber auch der Grund an hiesigen eigenthümlichen Verhältnissen. So ist z. B. hier in Detmold die jetzige Stimmung hauptsächlich durch folgende Vorgänge herbeigeführt. Nachdem nämlich später nach der stürmischen Aufhebung der Versammlung im Volksverein von Seiten der Bürger wieder eingelenkt und versöhnliche Erklärungen abgegeben waren, wurde von der demokratischen Partei die Frage, ob die Stellung des geheimen Kanzleiraths Petri als zeitiger Bundestagsgesandter mit derjenigen als Ersatzmann für die Reichsversammlung sich vertrage, und ob an ihn eine Adresse zu richten sei mit der Aufforderung, das letztere Amt aufzugeben, wieder aufgenommen und die Befragung derselben durch Hälfte von Tagelöhnern, Gesellen und sonstigen jungen Leuten durchgeführt. Das vollendete die Missstimmung der Bürger gegen die demokratischen Tendenzen. Jene hegen nämlich gegen Hrn. Petri sehr große Hochachtung und mit Recht, denn er ist es gewesen, der schon seit Jahren mit unermüthlicher Thätigkeit für Volkswohl und Gemeinwohl gewirkt und sich durch seine Bestrebungen im Landwirthschaftlichen und im Gewerbe-Verein, welche er beide hervorgerufen, ferner durch seine oppositionelle Wirksamkeit in den Landständen und derjenigen bei den hiesigen Stadtverordneten, deren Vorsteher er ist, die größten Verdienste um die Stadt sonol wie um das ganze Land erworben hat. Es indignirte die Bürger, daß die Krone eines solchen Lebens voll gedeihlichen Schaffens von einigen jungen Leuten angetastet werden sollte, von welchen man noch nichts gesehen hat als Worte, die überdies nur der Nachklang und die Wiederholung Anderer sind. Sie brachten sofort eine Gegenadresse mit vielen Unterschriften zu Stande.

In Lemgo werden die Gemüther mehr und mehr dadurch beruhigt, daß der von der Regierung hingesehete Commissar die Beschwerden gegen den Magistrat anhört und die betreffenden Untersuchungen darauf vornimmt. Er hält nämlich täglich unter Zugiehung des revolutionären Bürgerausschusses und des Magistrats öffentliche Sitzungen, läßt sich hier der Reihe nach die Beschwerden vortragen, und vergleicht sie mit den Acten, die ihm vorgelegt werden müssen. Die Bürgerschaft sieht hier, daß ihr im geordneten Wege geholfen werden und

die Einsicht in  
haben die  
den Unter  
haltung in  
schleiten den  
In Lemgo  
Beruhe. Bei  
hat nämlich  
Schriftsteller  
zum Kreifen  
Personen best  
im Stellvert  
Wahlcommis  
der Regierung  
Gemeinde seh  
Beschäftigung  
hängen an der  
St. Marien n  
noch Laufe b  
— Der grä  
im Auftrage  
der Constituire  
sich heißt: „  
zeugung zu g  
fer in der Lün  
gelnen Staate  
bezeichneten ü  
Familienfideic  
ihres Familien

Berlin,  
gestrigen Sigt  
über das vom  
den Antrag:  
der deutschen  
nung der ein  
stellen, durch  
worden sei; d  
sich enthalten  
„daß sie aber  
sich aber hierg  
zur Abstimmu

Berlin,  
vor der Abthei  
lung wegen de  
begonnen. Di  
die Kaufleute  
welche beschuld  
den. Als Bot  
abgeordnete H  
mann, als W  
heim und der  
Verhör der W  
ausgefüllt. Ge  
gemeinnützige  
gewesen ist. A  
das Zeughaus  
theils wollte  
Klassen ausged  
Beziehung von  
füllt worden.  
lautere Person  
der Urheber d  
dem Attentat  
drei Personen  
durch Steinwär  
erst Feuer gege  
schuß und ein  
Feuer gegeben.  
bloßer persönli  
Rückzuge des F  
nach der Ausfa  
sei selbst Offiz  
messen, könne  
Alles verloren  
nant Tschow  
Bestungsarreste  
Berlin, I  
letzten Sitzung  
schthin gebraud  
Constituierenden  
des Erzherzogs  
Proteste die F



genzunge die Nach... 10 Uhr eintreffen... überreichen zu laf... onner von der er... Botha um 11 Uhr... n die Ankunft des... erzog von Gotha... hberzoge bis Di... eine Zeit, in der... orgestellt, als ein... Zeit des Beginn... bietet jetzt ein... Die Haupt... waltung und der... giums, hervorger... che des Fürsten... ränktesten Will... worden ist, und... mer, die in der... st Zeit, daß Dem... uns, sondern in... sparmisse für die... chtstitel für ihre... ionierung haben... Militairmusik... ber das Rechts... eben, um dem... die Wrothlosigkeit... ern, auf deren... Tausenden von... der Kürze ein... then. - Rähm... Bürgerver... d auf den Ge... bisherige Auf... chen zu wollen... durch die Rie... ung der Dinge... Rechts und der... überall und so... so mehr, da... weiter zu kom... tlich Gesinnte... ht weiter. An... rund an hiesi... a Detmold die... herbeigeführt... der Versamm... ringelentk und... er demokrati... Kanzleirath's... s Ersatzmann... eine Adresse... zugeben, wie... lfe von Tag... Das vollstän... den Tendenz... Hochachtung... Jahren mit... sinn gewirkt... und im Ge... ine oppositio... den hiesigen... enste um die... ndignirte die... den Schaffens... welchen man... achklang und... Gegenadresse... rech beruhigt... Beschwerden... ungen dar... revolution... Sigungen... und ver... Die Bür... werden und

Einsicht in die Lage der Dinge und Abrechnung bekommen soll, und haben die Wähler daher keinen Vorwand und Anhalt mehr, zumal sich den Untersuchungen zwar herausstellt, daß sich die bisherige Verwaltung in großer Unordnung befindet, daß aber eigentliche Widerlichkeiten dem Magistrate nicht zum Vorwurfe gemacht werden können. In Lemgo herrscht jetzt nur noch auf religiösem Gebiete einige Unruhe. Bei einer Vacanz an der lutherischen Gemeinde zu St. Marien trat nämlich auch Hr. Rudolph Kulemann, aus Lemgo gebürtig (als Schriftsteller durch seine „Zustände in den Ostseeprovinzen“ ic.) in weiten Kreisen bekannt, eine Wahlpredigt gehalten, ist von einer aus 48 Personen bestehenden, dem Magistrate, den Stadtverordneten nebst deren Stellvertretern und mehreren Mitgliedern der Gemeinde gebildeten Wahlcommission mit bedeutender Stimmenmehrheit gewählt und von der Regierung bestätigt worden. Die pietistische Partei, welche in der Gemeinde sehr beträchtlich ist, hat Alles in Bewegung gesetzt, um diese Behätigung wieder rückgängig zu machen, und nachdem ihre Bestrebungen an der Festigkeit der Regierung gescheitert sind, will sie die Kirche St. Marien nicht besuchen und von Hrn. Kulemann keine Copulation noch Laufe bei sich vornehmen lassen. Der gräf. Bentinck'sche Consulent Dr. Lator in Frankfurt a. M. hat im Auftrage eine Vorstellung mehrerer deutscher Standesherrn bei der Constituirenden Versammlung eingegeben, in der es unter Andern wörtlich heißt: „Bis jetzt vermochten die Standesherrn nicht die Ueberzeugung zu gewinnen: 1) daß eine Standesherrschaft der mediatisirten Häuser in der künftigen Reichsverfassung und in den Verfassungen der einzelnen Staaten schädlich sein werde. Eben so wenig können sich die Unterzeichneten überzeugen: 2) von der Nothwendigkeit einer Aufhebung ihrer Familienfideicommiss; 3) nicht von der Nothwendigkeit einer Vernichtung ihres Familienrechts.“

Preußen.

Berlin, 13. Jul. Die Nationalversammlung stimmte in ihrer gestrigen Sitzung nach Verwerfung des Jacoby'schen Antrags auch noch über das vom Abg. Bloem beigebrachte Amendement ab. Dasselbe enthielt den Antrag: „Die Versammlung wolle erklären, daß sie die Befugniß der deutschen Nationalversammlung anerkenne, ohne vorher die Zustimmung der einzelnen deutschen Staaten einzuholen, jenen Beschluß zu fassen, durch welchen ein unverantwortlicher Reichsverweser ernannt werden sei; daß sie aber glaube, einer jeden Kritik dieses Beschlusses sich enthalten zu müssen.“ Abg. Bloem erklärte, den Schlußsatz (von „daß sie aber glaube“ bis zu Ende) zurückziehen zu wollen; es erhob sich aber hiergegen Widerspruch. Das Amendement kam unverändert zur Abstimmung und wurde mit 240 gegen 36 Stimmen verworfen.

Berlin, 13. Jul. Auf dem königl. Criminalgerichte hat heute früh vor der Abtheilung für Capitalverbrechen die öffentliche Gerichtsverhandlung wegen des am 14. Jun. gegen das Zeughaus verübten Attentats begonnen. Die Verhandlung betrifft für jetzt nur den Thierarzt Urban, die Kaufleute Korn und Löwinsohn und den Maschinenbauer Siegrist, welche beschuldigt sind, das Volk zu dem Attentat aufgereizt zu haben. Als Vorsitzender fungirt der Kammergerichtsrath und Landtagsabgeordnete Parassowik, als Staatsanwalt der Kreisjustizrath Neumann, als Verteidiger Dr. Stieber, Referendare Meyen und Wolheim und der Dr. Löwinsohn. Der heutige Tag wurde durch das Verhör der Angeklagten und die Vernehmung von etwa 30 Zeugen ausgefüllt. Es hat sich dabei herausgestellt, daß das Attentat keine gewinnstüchtige Absicht verfolgt hat, sondern lediglich politischer Natur gewesen ist. Theils war die betreffende Partei unzufrieden damit, daß das Zeughaus noch immer ausschließlich vom Militair besetzt war, theils wollte man die Volksbewaffnung auch auf die untern Volksklassen ausgedehnt wissen. Es waren den Arbeitern auch in dieser Beziehung von den Behörden Versprechungen gemacht, aber nicht erfüllt worden. Erst nachdem das Zeughaus erkürrt war, kamen unlaute Personen hinzu und gaben dem politischen Act ohne Schuld der Urheber die Färbung einer gemeinen Plünderung. Es sind bei dem Attentat auf Seiten des Volkes zwei Personen getödtet und etwa drei Personen verwundet worden. Hingegen zählt die Bürgerwehr 22 durch Steinwürfe verwundete Personen. Die Bürgerwehr hat nicht zu erst Feuer gegeben, sondern erst nachdem aus dem Volk ein Pistolenschuß und ein Steinbagel gefallen war, haben drei Bürgerwehrmänner Feuer gegeben. Diese drei Wehrmänner hatten ohne Commando, aus bloßer persönlicher Nothwehr geschossen. Die Hauptschuld von dem Rückzuge des Hauptmanns v. Rähmer trifft den Lieutenant Tschow, der, nach der Aussage mehrerer Zeugen, dem Hrn. v. Rähmer erklärt hat, er sei selbst Offizier, könne die Lage des Hrn. v. Rähmer sehr wohl ermaßen, könne ihm aber als Ehrenmann nur zum Rückzuge rathe, da Alles verloren sei. (Nach den lithographirten Nachrichten ist Lieutenant Tschow zu lebenswüthigerem, Hauptmann v. Rähmer zu 20jährigem Festungsarreste durch das Kriegsgericht verurtheilt worden.) (Berl. Z.)

Berlin, 13. Jul. Der Constitutionelle Club hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, einen Protest gegen die vom Ministerium leithin gebrauchte Verwahrungselausel (in Betreff des Beschlusses der Constituirenden Versammlung in Frankfurt a. M. über die Ernennung des Erzherzogs Johann zum Reichsverweser) zu erlassen und diesem Proteste die Form einer Adresse an die „deutsche Nationalversamm-

lung“ zu geben. Es würde, bevor man zu diesem Beschlusse kam, lebhaft debattirt. Man sah darin zum Theil ein Aufgreifen des von Jacoby in der Kammer gestellten Antrags, und mehrere Redner, die in diesem Antrage (ganz wie in der Nationalversammlung) versteckte republikanische Tendenzen finden wollten, wünschten, daß man die ganze Sache fallen lasse. R. Pruy warnte jedoch vor „solcher Jesuitenrhetorik“ und setzte den Antrag durch.

Es finden heute hier, in drei Abtheilungen getheilt, Schullehrerverversammlungen statt, in welchen sich die Debatte um die Stellung der Schule zu Kirche und Staat bewegt; in zwei derselben ist man bis jetzt noch zu keinem Resultate gekommen, in der einen hat man sich dahin ausgesprochen, daß die Schule nicht allein unabhängig von der Kirche sein müsse, sondern daß auch zur Wahrung der Lehrfreiheit die Schule nicht Staatsanstalt sein dürfe. — Der Handwerkerverein hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, zur Entscheidung über Streitfragen unter einzelnen Mitgliedern Commissionen aus seiner Mitte niederzusetzen; man beabsichtigt hierdurch, Geschworene für die Zukunft heranzubilden.

Gleichsam als eine Widerlegung der Reichenbach'schen Rede in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung wird heute viel erzählt, daß der Reichsverweser Erzherzog Johann auf alle Emolumente verzichtet habe.

Die Zahl der der Verfassungscommission von allen Seiten zugehenden Verfassungsentwürfe, zum Theil der abenteuerlichsten Art, soll unglaublich sein. Allein aus Berlin sind ihr gegen 50 zur Prüfung überreicht worden. Wegen der genauen Präcisirung einiger für ein Verfassungswerk unserer Zeit besonders wichtiger Grundbestimmungen wird, wie wir hören, dem vom Dr. Klette vorgelegten, auch durch den Buchhandel veröffentlichten Entwürfe mehr als gewöhnliche Beachtung geschenkt. — Für die Gesetzgebung zur Reorganisation des Heerwesens sind einige Stabsoffiziere mit Darlegung und Entwicklung von Vorschlägen beauftragt. Diesem Auftrage haben bis jetzt der Major Hinderlin und der Hauptmann Zimmermann (vom Generalstabe) genügt. Ihre Arbeiten sind als Manuscript gedruckt. — Der ehemalige Staatsminister v. Kamph hat auf die an die hohen Staatsbeamten gerichtete Aufforderung, die von ihnen für wissenschaftliche Arbeiten erhobenen Honorare auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen, den Nachweis geführt, daß er, soweit er überhaupt sich Honorar habe zahlen lassen, dasselbe niemals für sich behalten habe. Hr. v. Kamph hat für die Redaction der Jahrbücher für preussische Gesetzgebung und Rechtswissenschaft (65 Bände seit 1812—1845) ein Honorar von 40,000 Thlr. bezogen und den ganzen Betrag an die Justizoffiziantenwitwenkasse abgeführt. Ebenso hat derselbe 7160 Thlr. für die Herausgabe der Annalen der preussischen innern Staatsverwaltung (23 Bände 1817—39) zu wohlthätigen Zwecken verwendet. — Die hiesige demokratische Partei beabsichtigt, die Streitfrage über Ein- oder Zweikammersystem zum Gegenstande einer öffentlichen Disputation zu machen. Es soll zu diesem Zweck eine Volksversammlung angefeht und an die Anhänger des Zweikammersystems eine Einladung zur Theilnahme und zur öffentlichen Vertretung ihrer Ansichten erlassen werden. (Lith. Nachr.)

Leipziger Börse am 14. Jul. 1848.

Course	Anges.	Ge-	Staatspapiere.	Anges.	Ge-
im 16-Thaler-Fusse.	boten.	sucht.	actus. Zinsen.	boten.	sucht.
Amsterdam pr. 250 Ct. 1/2	14 3/4	—	Königl. Sächs. Staats-Papiere *)	—	79
Angsburg pr. 150 Ct. 1/2	10 3/4	—	3% im v. 1000 u. 500	—	—
Berlin pr. 100	90	—	14 3/8 F. 2 kleinere	—	—
Bremen pr. 100	113 1/2	—	3% d. v. 500	—	92
Ladr. 5 1/2	—	—	Kön. Sächs. Landrentenbriefe	—	—
Bresl. pr. 100	—	99 1/2	3 1/2 % im v. 1000 u. 500	—	83
Frankfurt a. M. pr. 100 Fl. in S. W.	87 1/2	—	14 3/8 F. 2 kleinere	—	—
Hamburg pr. 300 Mk. Bco	151 1/2	—	Act. d. ch. S. Bahr.-R.-C. händl.	—	80 1/2
London pr. 1 Pfd. St.	6 25/32	—	1855 a 4%, später a 3% v. 100	—	—
Paris pr. 300 Frcs.	—	—	Königl. Preuss. Steuer-Credit	—	—
Wien pr. 150 fl.	89 1/2	—	Kassenscheine	—	—
Conv. 20 Kr.	—	—	3% im v. 1000 u. 500	—	—
Augustd. a 5 3/8 a 1/2 Mk.	—	—	20 fl. F. 2 kleinere	—	—
Pr. Friedrichsd'or a 5 3/8	—	—	Leipziger Stadt-Obligat.	—	89 1/2
idem . . . . . auf 100	—	—	3% im v. 1000 u. 500	—	—
And. ausländ. Louisd'or a 5 3/8	—	—	14 3/8 F. 2 kleinere	—	—
idem nach geringerm Ausmünzfusse . . . . . auf 100	—	—	Sächs. erbl. Pfandbr. a 3 1/2 %	—	—
Kais. russ. wicht. Imperiale a 5 R. . . . . pr. Stück	5 17 1/2	—	2 v. 100 u. 25	—	—
Holl. Duc. a 3 3/8	6 1/2	—	„ lausitzer d. a 3 %	—	—
Kaisert. d. a 6 1/2	6 1/2	—	„ d. a 3 1/2 %	—	—
Bresl. d. a 6 1/2 As	6 1/2	—	Leipz.-Dresdn.-Eisenb. P.-Obl.	—	96
Passat d. a 6 1/2 As	6 1/2	—	a 3 1/2 %	—	—
Conv. Spec. u. Gl. d. a 6 1/2	6 1/2	—	Chemn.-Ries. Eisenbahn-Anleihe	—	—
idem 10 u. 20 Kr. d. a 6 1/2	6 1/2	—	a 10 3/8 %	—	—
Gold pr. Mk. fein Köln. d. a 6 1/2	6 1/2	—	K. Preuss. St.-Schuld.-Scheine	—	—
Silb. d. a 6 1/2	6 1/2	—	a 3 1/2 % in Pr. Ct. pr. 100	—	—
			K. K. Oestr. Met. pr. 150 fl. Conv.	—	—
			a 5% laufende Zinsen	—	—
			a 4% a 103 % um 14 3/8 F.	—	—
			a 3%	—	—
			Actien d. W. B. pr. St. a 103%	—	—
			Leipz. Bank-Actien a 3/8 250	—	—
			pr. 100	150	—
			Leipz.-Dresdn. Eisenb.-Actien	—	—
			a 3/8 100	—	97
			pr. 100	—	—
			Sächs.-Schles. d. pr. 100	—	77 1/2
			Chemn.-Ries. d. pr. 100	—	20 1/2
			Löbna-Zitt. d. pr. 100	—	25
			Magdeb.-Leipz. d. pr. 100	—	170

\*) L. e. Steuer-Credit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.  
Verantwortliche Redaction: Dr. H. Kaiser.  
Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

# Ankündigungen.

## Fahr-Ordnung

auf der

a. p. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn vom 15. April 1848.



**Nach Wien**  
nach **Brünn, Olmütz, Prag, Reipnitz, Odrau, Odesberg** und von letzterer Station in Verbindung mit **Ratibor** um 6 Uhr früh.  
nach **eben diesen Stationen** und von **Odesberg** in Verbindung mit **Ratibor, Breslau, Görlitz, Frankfurt a. d. O., Berlin, Hamburg** und **Stettin** um 7 1/2 Uhr Abends.

**Nach Wien**  
von **Prag** um 5 Uhr früh und um 8 Uhr Abends.  
von **Odesberg** nach **Ankunft des Trains von Ratibor** um 7 Uhr früh; und  
nach **Ankunft des Vereinszuges von Hamburg und Stettin** um 10 Uhr Abends.

Von der Direction der a. p. Kaiser-Ferdinands-Nordbahn.



### Berlin-Anhaltische Eisenbahn.

Vom 1. Juli c. ab werden in den Vormittagsstunden jedes Wochentags in unserer Gesellschafts-Hauptkasse (am Köpenicker Platz Nr. 6) eingelöst werden:  
a) die zum 1. Juli c. fällig werdenden Coupons der Prioritäts- u. Stamm-Actien unserer Gesellschaft, sowie die in frühern Terminen nicht abgehobenen;  
b) die am 1. April c. verloosten Prioritäts-Actien, sowie die in frühern Ziehungen verloosten, aber bis jetzt nicht eingelieferten.

Behufs rascher Abfertigung wird gebeten, mit jeder Sorte Coupons und Actien deutlich geschriebene, nach der Nummernfolge geordnete Verzeichnisse vorzulegen.  
Berlin, den 28. Juni 1848.

Die Direction.

### Bekanntmachung.

Die Auszahlung der für das Jahr 1847 festgesetzten **Dividende** von 1 1/2 Thlr. pro Actie, sowie der Zinsen vom 30. Sept. 1847 bis 30. d. M. auf die Interims-Actien der unterzeichneten Bank zu 4% p. a., im Betrage von 3 Thlr. pro Actie, wobei auch die Zinsen auf früher als den 30. Sept. 1847 eingezahlte 50% gleichzeitig gezahlt werden sollen, findet **am 1. Juli d. J.** in unserm Geschäftslocale hier selbst, Vormittags von 9—12 Uhr und Nachmittags von 3—5 Uhr, mit Ausnahme der Sonntage statt.

Die Inhaber der Interims-Actien werden ersucht, solche behufs Abstempelung unter nach der Reihenfolge der Nummern geordnetem Verzeichnisse in der genannten Zeit zur Empfangnahme obiger Beiträge einzureichen.

Die Herren **Prege & Co.** in Leipzig, **Eichel & Schmidt** in Magdeburg, **George Meusel & Co.** in Dresden und **Gebr. Kulandt** in Merseburg sind bereit, die Abstempelung der Interims-Actien resp. Erhebung der Zins- und Dividenden-Beträge, gegen billige Provision zu vermitteln.  
Dessau, den 22. Juni 1848.

Anhalt-Deffauische Landesbank. Kulandt. Lieberoth.

[2203—4]

### Edictal-Ladung.

Demnach die abwesenden drei Gebrüder **Frölig**: 1) **Rudolf** Heinrich, 2) **Johann** Heinrich Conrad, und 3) **Johann** Julius Heinrich, Söhne des hieselbst verstorbenen vormaligen Herzoglich Braunschweigischen Corporals, nachmaligen Polizeibleners **Johann Andreas Christoph Frölig**, falls sie noch am Leben wären, das 70. Lebensjahr überschritten haben würden, so werden dieselben auf den Antrag ihrer Schwester, der unverheirateten **Juliane Frölig** hieselbst, vorgeladen, sich in dem auf **den 25. August 1848, Morgens 10 Uhr,**

allhier angeetzten Termine zu stellen, widrigenfalls dieselben für todt werden erklärt werden und über deren Nachlass den Rechten nach verfügt werden wird.

Zugleich werden alle Diejenigen, welchen Erb- oder sonstige Ansprüche an das Vermögen der Verstorbenen zustehen sollten, aufgefordert, solche in dem beregten Termine bei Strafe des Ausschlusses anzumelden und thunlichst klar zu machen.  
Wolfsenbüttel, den 30. Juni 1848.

Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches Kreis-Gericht daselbst. (L. S.) Voges.

### Frederike Bremer's Schriften.

Durch die fortwährend rege Theilnahme des Publicums für die Schriften der beliebten Verfasserin hervorgerufen, erschien in **dritter Auflage:**

## Hina.

Zwei Theile. Gr. 12. Geh. 20 Ngr.

Die **vollständige** Ausgabe von **Frederike Bremer's** Schriften (14 Theile) ist nun wieder in allen Buchhandlungen zu dem Preise von 4 Thlr. 10 Ngr. zu erhalten; einzeln kostet jeder Theil 10 Ngr. Erschienen sind außer Obigem:

- Die Nachbarn.** Vierte Auflage. Zwei Theile. — **Die Töchter des Präsidenten.** Vierte Auflage. — **Das Haus.** Vierte Auflage. Zwei Theile.
- Die Familie S.** Zweite Auflage. — **Kleinere Erzählungen.** — **Streit und Friede.** Dritte Auflage. — **Ein Tagebuch.** Zwei Theile. — **In Dalekarlien.** Zwei Theile.

Leipzig, im Juli 1848.

F. A. Brockhaus.

**Associe-Gesuch.** In ein gut rentirendes Geschäft wird zu Neujahr ein Associe mit circa 20,000 Thaler Fonds gesucht, welcher in Terminen gezahlt werden kann. Offerten, die jedoch nicht anonym sein dürfen, bittet man bezeichnet **G. C.** poste restante Leipzig gelangen zu lassen.  
[2376—77]

In unserm Verlage ist erschienen:  
**Homiletik**  
der  
**evangelisch-protestantischen Kirche**  
systematisch dargestellt

VON  
**Alexander Schweizer,**  
Doctor und ordentl. Professor der Theologie, Kirchenrath  
und Pfarrer am Grossmünster in Zürich.  
Gr. 8. Geh. Preis 2 Thlr.  
Leipzig. [2360]  
Weidmann'sche Buchhandlung.

In der **Arnoldischen Buchhandlung** in **Dresden** und **Leipzig** ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu erhalten:

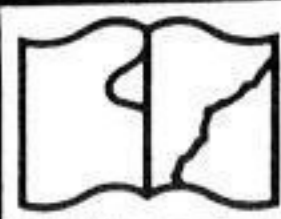
**J. Duncan,**  
**Reisen in Westafrika,**  
durch das Königreich Dahomey nach Adofudia im Innern.  
Aus dem Englischen von **W. B. Lindau.**  
Erster Theil. Mit 1 Karte. 8. Brosch.  
1 Thlr. 18 Ngr. [2371]

**Theater der Stadt Leipzig.**  
Sonntag, 16. Jul. **Hans Heiling,** Oper in 3 Acten, mit einem Vorspiel von G. Devrient, Musik von H. Marschner.

### Familien-Nachrichten.

**Verlobt:** Hr. Apotheker **Karl Fiedler** in Viefebach mit Frä. **Lulise Kahlenberg** in Wilsch.  
**Getraut:** Hr. **Gottlob Berger** in Leipzig mit Frä. **Amalie Bergner** aus Borna. — Hr. **Wesrinairarzt Robert Durstian** in Peterhoff mit Frä. **Mathilde Fröbelius** aus Petersburg. — Hr. **Waldirector August Kreishmann** in Augusta mit Frä. **Lulise Schmeißer** aus Leipzig. — Hr. **Ferdinand Müller** in Chemnitz mit Frau **Amalie Sonntag** aus Zahndorf. — Hr. **Franz Theodor Otto** in Dippoldswalde mit Frä. **Marie Amalie Fehrman**. — Hr. **Franz Luis Rößberg** auf Rittergut **Pohlsguth** mit Frä. **Amalie Ernestine Exner**. — Hr. **Waldirector Dr. Schubert** in Dresden mit Frä. **Mathilde Sison** aus Lohmen. — Hr. **Bernhard Thierbach** in Freiberg mit Frä. **Marie Engelhardt**. — Hr. **Emil Louis Wackwitz** in Tharand mit Frä. **Clara Charlotte Gassch** aus Reuditz.  
**Geboren:** Hr. **Stültingenieur Gustav Knöfel** in Dresden ein Sohn. — Hr. **Franz Lau** auf Rittergut **Kleinmilkau** ein Sohn. — Hr. **C. v. Schmalz** in Bad Kreischa eine Tochter. — Hr. **Lehrer Karl Teuscher** in Leipzig ein Sohn.  
**Gestorben:** Hr. **Gärtner Johann Joseph Bätner** in Leipzig. — Hr. **Friedrich August Döppner** in Frankenberg. — Hr. **Friedrich Gottlieb Benjamin Krause** in Chemnitz. — Frau **Johanne Luise Rüdiger** in Dresden. — Hr. **Bürgermeister Schmidt** in Wurzen ein Sohn. — Fräulein **Agnes Rathbül** **Amalie Schumann** in Halle. — Hr. **Georg Schw** **mann** in Gera. — Hr. **Porträtmaler Esche** **schorke** in Torgau eine Tochter.

(Mit einer Beilage.)





Uebersicht.

**Preußen.** Gesetzentwurf wegen unentgeltlicher Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben. — Die Privatdocenten. — Gesetzentwurf über die Errichtung der Bürgerwehr. — Berichtigung aus Merseburg. C Von der preussischen Grenze. Die posensche Angelegenheit.

**Oesterreich.** Δ Wien. Die Ministerkrisis. Die Börse. Fürst Windisch-Grätz. Die Arbeiter. Wien. Vorberathende Sitzung des Reichstags. Wien. Portofreie Sendung für die Mitglieder der deutschen Constituirenden Versammlung. Pesth. Graf Batthyanyi und Pulsky. Die Insurrection. Nachrichten aus der Walachei. Pesth. Barasb von den Ungarn genommen. Schlapp bei St. Mihaly. Pesth. Königswahl in Kgram. Jellachich Dictator. Kronstadt. Fürst Bibesco. Die Russen.

**Schweiz.** Chur. Hr. v. Philippsberg. — Erklärung Hecker's.

**Italien.** Mailand. Venedig schließt sich dem Königreiche Oberitalien an. — Das Heer. Auswechslung von Gefangenen. \* Florenz. Gioberti. Padre Savazzi. Die Kammer. Neapel. Die Niederlage Busacca's und Nunziante's. Die Candidaten zur sicilischen Königswürde. Neapel.

**Frankreich.** Nationalversammlung. Hr. Landrin. Freiwillige von 17 Jahren. Geheime Ausgaben. Die Unkosten der Versammlung. Unterführung der Arbeiter. Die Juniervunden. Memoiren Chateaubriand's. General Regnier. Proudhon's Journal. Die Alpenarmee. Eine oder zwei Kammern. Revue retrospective. Die Eisenbahn nach Lyon. Lamartine.

**Großbritannien.** Die Königin nicht nach Irland. Der Radscha von Sattara. Das Morning Chronicle, ein Urtheil. Die deutschen Schiffe. Der Chartistenproceß. Verhaftungen in Dublin. Die irische League.

**Dänemark.** Die Baptisten.

**Schweden.** Christiania. Die Juden in Norwegen.

**Nordamerika.** Congress. Die Präsidentenwahl. Mexico.

**Mexico.** Die Arme. Der Tarif. Der Kanal von Tehuantepec.

**Venezuela.** Der Aufstand.

Preußen.

Eine königl. Botschaft vom 10. Jul. bringt „den Entwurf eines Gesetzes wegen unentgeltlicher Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben“ an die Nationalversammlung. Alle in demselben aufgehobenen Verhältnisse können fortan weder durch Willenserklärung noch durch Verjährung neu begründet werden. Doch kann von dem früher bereits Geleisteten eben so wenig etwas zurückgefodert werden, als dort, wo schon eine Ablösung erfolgt und der Betrag in Land, Capital oder Rente rechtsgültig festgestellt ist, aus dem gegenwärtigen Gesetz gegen die Feststellung ein Einwand hergeleitet werden darf.

Die außerordentlichen Professoren und Privatdocenten in Berlin haben durch ein sie vertretendes Comité an den Rector und Senat der hiesigen Universität ein Schreiben gerichtet, worin sie die Aufforderung des Ministers ablehnen, durch sechs Deputirte ohne entscheidende Stimme an den Beschließungen der bevorrechteten ordentlichen Professoren Theil zu nehmen.

\* Aus Merseburg vom 10. Jul. ist uns unter dem Siegel des Magistrats folgende Berichtigung zugegangen: Nach einer in der Deutschen Allgemeinen (Nr. 180) und in der Rheinischen Zeitung enthaltenen Nachricht d. d. Halle, den 26. Jun., hat auf Veranlassung des hiesigen Bürgervereins am 25. Jun. hier eine Feier der Revolution des 18. und 19. März stattgefunden. Diese Nachricht beruht allerdings in Wahrheit. Wenn indessen behauptet wird, daß der Festzug 12,000 Menschen umfaßt habe und daß die Stadt späterhin illuminirt worden sei, so sind dies Angaben, welche nicht in Wahrheit beruhen und im Interesse derselben berichtigt werden müssen. Von einer Illumination der Stadt ist gar keine Rede gewesen, und an dem Festzuge haben sich nach ziemlich genauen Schätzungen höchstens 1800 Menschen betheiligt. Und diese Theilnehmer waren, wie in jener öffentlichen Nachricht versichert wird, herbeigeeilt aus den Städten Weißenfels, Zeitz, Raumburg, Lauchstädt, Leipzig, Halle, Berlin, Breslau und andern Ortschaften.

C Von der preussischen Grenze, 10. Jul. Die preussische Constituirende Versammlung hat in einer ihrer letzten Sitzungen den Beschluß gefaßt, eine Commission von 16 Abgeordneten nach Posen zu senden, welche untersuchen soll, wie es gekommen sei, daß die beabsichtigte Reorganisation des Großherzogthums zu solchem Blutvergießen hat führen können. (Nr. 188.) Wir müssen gestehen, daß wir nicht recht einsehen, welcher Zusammenhang zwischen diesem Beschlusse und der vorliegenden posener Frage stattfindet, sowie wir uns nicht denken können, daß die polenfreundliche Partei in der Versammlung die posener Frage von dem Urtheil einer Untersuchungscommission für die jüngsten Ereignisse im Großherzogthum abhängig machen werde. Das Verhalten der deutschen Bevölkerung des Großherzogthums bei diesen Ereignissen scheint sich von einem doppelten Gesichtspunkt aus betrachten zu lassen: es war entweder Nothwehr oder es war eine Revolution. Wenn nun etwa die Commission durch ihre Untersuchung zu dem Resultate gelangte, daß von Seiten der Deutschen in Posen revolutionair gehandelt worden sei, so

würde das insofern mit uns übereinstimmen, als wir allerdings annehmen, es haben sich die Deutschen in Posen gegen die beabsichtigte Polonisirung der Provinz auf das kräftigste erhoben; will man diese Erhebung eine Revolution nennen, deswegen, weil nicht die preussische Regierung, sondern das deutsche Volk in Posen gehandelt hat: nun, so mag man es thun. Verlassen von seinen Vormündern, den routinirten Beamten, ist das Volk aufgestanden, um zu verhindern, daß auf deutschem Grund und Boden eine polnische Herrschaft erstehe, und um für seine deutsche Nationalität auf deutschem Boden zu kämpfen. Deutschen Boden nennen wir aber ohne Bedenken den Theil der Provinz, welcher diesseit der vom deutschen Centralcomité zu Posen gezogenen Demarcationslinie liegt, deswegen, weil hier im Norden des Großherzogthums die Bevölkerung zum beinahe größern Theile deutsch ist, weil mehr als drei Viertel des Grundbesitzes hier in den Händen der Deutschen sich befinden, weil diese fast ausschließlich die Träger der Wissenschaft, der Kunst, der Arbeit und des Handels sind, weil Deutsche hier bereits seit mehr als sieben Jahrhunderten wohnen und das Land ihnen seinen ganzen Wohlstand wesentlich zu verdanken hat; (wir führen beispielsweise an, daß in der Stadt Posen schon im Jahre 1284 die deutsche Bevölkerung so bedeutend war, daß der Bürgermeister und zwei Rathsherren aus ihr gewählt wurden und daß zu Ende des 15. Jahrh. bereits die meisten Städte des jetzigen Großherzogthums deutsches Recht besaßen. Vgl. Buttk: „Polen und Deutsche“, und weil endlich unter den Polen selbst, die hier wohnen, sehr viele nichts weniger als ein polnisches Reich wünschen. Das sind Thatsachen, die lauter und eindringlicher sprechen als die glühendsten Reden. Nicht durch die preussische Besitzergreifung ist dieser Theil der Provinz ein deutsches Land geworden, sondern dadurch, daß das lebenskräftige germanische Volksthum allmählig das slawische verdrängt hat.

Bei der Entscheidung der Frage aber: „Soll Deutsch-Posen in den deutschen Reichsverband aufgenommen werden?“ ist einzig und allein der Umstand, daß es deutsch ist und daß es seit mehr als zwei Menschenaltern zu einem deutschen Staate gehört, maßgebend, in ihm liegt die Nothigung, es von Deutschland nicht zu trennen. Die Untersuchung über das Verhalten seiner Bewohner bei den letzten Ereignissen ist für die Entscheidung dieser Frage ganz überflüssig; ja, wir müßten Deutsch-Posen selbst dann mit Deutschland vereinigen, wenn die Bewohner dieses Districts dagegen protestirten. Wenn die Republikaner in Baden sich Frankreich anschließen wollten: durch ganz Deutschland würde ein Ruf der Verwünschung gegen die Verräther ertönen, ganz Deutschland würde sich erheben, um sie zu züchtigen. Im Nordosten des Vaterlandes hat eine deutsche Bevölkerung für ihre Nationalität gekämpft, hat gerungen mit Aufopferung von Hab und Gut, mit Preisgebung von Leib und Leben, um nicht unter Fremdherrschaft zu gerathen; und in Deutschland erheben sich Stimmen, welche die Aufnahme von Deutsch-Posen in den deutschen Reichsverband eine Ungerechtigkeit gegen das fremde Volk nennen! Wahrlich, das ist nicht Kosmopolitismus, das ist Sünde am eignen Volke! Ein Contingent haben die Deutschen in Posen allerdings noch nicht zum Heere deutscher Nation gestellt; aber sie haben bereits an den Grenzen Deutschlands für dasselbe gekochten.

Oesterreich.

Δ Wien, 11. Jul. Die Ministerkrisis ist noch nicht vorüber und gibt in Ermangelung anderer Neuigkeiten zu verschiedenen Combinationen Raum. Nur von Dr. Alex. Bach weiß man, daß er das Ministerium der Justiz angenommen hat. Nächstdem erscheinen Doblhoff für das Innere, und der Beibehalt v. Wessenberg und Latour für das Aeußere und den Krieg ziemlich gewiß. Für die öffentlichen Arbeiten wird der verdienstvolle Th. Hornbostel, für die Finanzen Stifft sen. und Stamesch-Reyer, für den Handel Robert, für den Unterricht Exner genannt. — Von den gestern gemeldeten Nachrichten verlautet heute nichts weiter, daher sich auch die Börse wieder erholt und sich auf bessere Notirungen vom Auslande wieder Kauflust zu bessern Cursen einstellte. — Der Minister v. Doblhoff hat dem Ausschuss einen im Wege des Kriegsministeriums eingesendeten Vertheidigungs act des Fürsten Windisch-Grätz übersandt. Die Presse ist weit entfernt, denselben befriedigend zu finden. — Unter den Arbeitern erscheint heute wieder Alles beschwichtigt.

Wien, 11. Jul. Gestern fand eine erste vorberathende Sitzung des österreichischen Reichstags statt. Die äußerste Rechte füllte sich mit galizischen Deputirten in Bauerntracht; eine nachfolgende Abtheilung von Bänken blieb leer; dann folgte eine zweite Fraction Galizier. Die Mitte war gleichfalls spärlich besetzt; desto mehr aber wurde die äußerste Linke und die daran stoßenden Abtheilungen überfüllt. Unter ihnen gewährte man Fischhof, A. Bach, Bioland, Fuster, Schwarzer, Goldmark, Purtscher, Smrecker, mehre Galizier und Geisliche.

[2379]  
48.  
Abends.  
von Ratibor  
rg und Stettin  
Kordbahn.  
erschieden:  
etik  
otestan-  
rche  
gestellt  
weizer,  
ologie, Kirchenrat  
r in Zürich.  
s 2 Thlr.  
[2360]  
Buchhandlung.  
handlung in  
ten und in allen  
watten:  
an,  
afrika,  
honey nach  
ern.  
B. Lindau.  
S. Brosch-  
r. [2371]  
Lelpzig.  
Feiling, Ober  
von G. Devrient.  
richten.  
arl Fiedler in  
berg in Witten.  
er in Leipzig will  
a. — Hr. Vets  
eterhoff mit Fel.  
urg. — Hr. W  
Augusta mit Fel.  
— Hr. Ferdinand  
male Sonntag  
eodor Otto in  
alle Fehrman  
Mittergut Poln-  
Exner. — Hr.  
resden mit Fel.  
— Hr. Bernh  
Marie Engels  
vlg in Lhatand  
aus Neulirchen.  
Gustav Knösel  
Lau auf W  
— Hr. C. L. A.  
lechter. — Hr.  
im Sohn.  
nn Joseph Witz  
August 5 Dypner  
ortlich Benjamin  
anne Luise He  
meister Schmitt  
Agnes Rathbül  
r. Georg Schw  
malter Fische

Der provisorische Ministerpräsident, Baron Doblhoff, eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Rede, worin er auf den Zweck der heutigen Zusammenkunft verwies, welchen er in der Wahl eines provisorischen Alterspräsidenten, zweier Vicepräsidenten und sechs Schriftführern bezeichnete. Hierauf betrat auf mehrfachen Verlangen Dr. A. Bach die Tribüne und forderte diejenigen der Abgeordneten, welche das 60. Jahr überschritten haben, auf sich zu erheben. Nachdem mehrere Herren die Annahme des Präsidiums und Vicepräsidiums abgelehnt, wurden die H. Dr. Joseph Kudler zum Alterspräsidenten, Fabrikant Joseph Weiß und Prediger Jos. Mannheimer zu Vicepräsidenten proclamirt. Als jüngste Mitglieder nahmen die H. Ad. Purtscher, Theodor Geier, Jos. Resbeda, Jos. Demel, B. Brasbill und H. Kudlich die Plätze als Schriftführer ein, und Ad. Purtscher verlas, vom Präsidenten aufgefodert, die Namen sämmtlicher bereits angemeldeten Deputirten. Dr. Mannheimer, israelitischer Prediger, übernimmt die Stelle eines Vicepräsidenten nur auf inständiges Bitten der Versammlung, namentlich mehrerer katholischen Geistlichen und vor Allen Professor Fuster's.

Der Präsident ladet hierauf die Versammlung ein, zur Bildung der Wahlen neun Commissionen durch das Loos zu bilden, so zwar, daß die eine Abtheilung die Wahlen einer andern prüft, um vollkommen unparteiisch sein zu können. Es wird bemerkt, daß viele Abgeordnete des Schreibens nicht kundig sind, weshalb eine Wahl durch das Loos nicht am Platze sein dürfte, und daß die Wahlprotokolle aus Galizien in polnischer Sprache geschrieben sind; wobei der Vorschlag gemacht wird, daß die der deutschen Sprache kundigen Abgeordneten in neun Gruppen getheilt werden mögen und daß jeder solchen Gruppe eine verhältnismäßig große Zahl nicht Deutsch redender Abgeordneter beigegeben werde. Ein Abgeordneter der Rechten übernahm es für diesmal, die Aufforderung wegen Angabe des Alters in polnischer Sprache an seine Landsleute zu richten. Ein Abgeordneter der Linken wollte eine italienische Rede halten, wurde aber sogleich mit dem Zurufe: Deutsch! Deutsch! unterbrochen. Erst nach Ablefung der Namen aller Abgeordneten, welche sich bereits zur Einschreibung gemeldet, wurde man gewahr, daß die beschlußfähige Majorität der 383 Abgeordneten nicht vollzählig sei. Es wurde zur Zählung geschritten, und da nur 190 (statt 192) Mitglieder zugegen waren, so gelangte man zu dem Beschlusse, fest an der Form zu halten und sich zur weiteren Beschlußfassung für incompetent zu erklären. Trotz mehrfacher Einsprache wurde diese Ansicht fest gehalten; die Versammlung kam dahin überein, die 36 in Wien anwesenden, aber bei der ersten Zusammenkunft fehlenden Mitglieder durch ihre gegenwärtigen Freunde definitiv einzuladen, die vorbereitende Sitzung auf morgen zu vertagen und die erste Versammlung aufzuheben. Der Alterspräsident Dr. Kudler hielt eine Rede zum Schutze der deutschen Sprache als Parlamentssprache; sein Antrag, bei der Vertheilung der Mitglieder in Abtheilungen zur Prüfung der Wahlen auf die Nationalitäten keine Rücksicht zu nehmen, wurde mit imposanter Majorität angenommen. — Sehr beachtenswert war es, daß bei dieser Gelegenheit auch die nicht Deutsch redenden Deputirten affirmativ aufstanden, als sie sahen, daß fast die ganze Versammlung sich erhob.

Wien, 31. Jul. Das Finanzministerium hat die Einleitung getroffen, daß die Correspondenzen und sonstigen Briefpostsendungen der Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a. M. ohne Unterschied, für die Dauer der Nationalversammlung, portofrei versendet werden. (Wien. Z.)

† Pesth, 10. Jul. Gestern sind unser Ministerpräsident, Graf L. Batthyanyi, und der Staatssecretair im Ministerium des Auswärtigen, Franz Pulsky, aus Wien eingetroffen. Sie hatten dort mit dem Erzherzoge Johann Conferenzen über die illyrischen Angelegenheiten gepflogen, wie es aber heißt, ohne Ergebnis. — Vom Schauplatze der Insurrection ist die Nachricht von einem blutigen Kampfe bei den „römischen Schanzen“ eingegangen. Die Insurgenten sollen aus ihrer Stellung gedrängt und geschlagen worden sein. An 300 Tode und eben so viel Gefangene nebst Geschütz und Munition sollen sie zurückgelassen haben. Der Verlust der Ungarn wird auf 50 angegeben, worunter 2 Offiziere. Nach andern Nachrichten wären die Ungarn im Nachtheile geblieben, indem das Militär nicht habe kämpfen wollen. Authentisch ist bis jetzt nur die Thatsache des Kampfes selbst.

In Karlsstadt in Siebenbürgen sind außer dem Fürsten Bibesco auch an 200 Bojaren und reiche Juden aus der Walachei flüchtig eingetroffen. Die Bojaren möchten ein Bündniß zwischen der Walachei und Ungarn gegen Rußland anbahnen. Der Közlöny (Moniteur), welcher anfangs die siegreiche Erhebung der Walachei einen „Aufbruch“ und die Constitution eine dem Fürsten „abgepreßte“ genannt, spricht sich heute schon sehr günstig über die walachische „Revolution“ aus. Auch die andern Blätter, worunter das bedeutungsvollste Kossuth's Hirlapje (Kossuth's Zeitung), sind für ein Bündniß mit den Donaufürstenthümern gegen den russischen Kolos sehr geneigt. Auffallend ist dagegen die wegwerfende Sprache, welche die ungarischen Blätter ohne Aus-

nahme über die wiener Revolutionen und Regierungen führen. Sie wiegen sich noch immer in dem seligen Glauben, daß Ungarn seinem Könige die neue Constitution nicht abgenötigt hätte und daß diese Constitution selbst nur die Wiederherstellung der unterdrückten alten wäre.

Pesth, 7. Jul. Privatmittheilungen zufolge sollen die Ungarn die Stadt Barasb genommen haben. Dagegen haben sie bei dem Dorfe St. Mihaly eine Schlappe erlitten. Die in drei Lagern concentrirten ungarischen Streiter zählen gegenwärtig 52,000 M., welche meist aus ungarischen Truppen, Nationalgardien und Freiwilligen bestehen. Außer dieser imposanten Macht werden noch neue Freiwilligen-corps bis 40,000 M. organisiert. (Wesl. Z.)

Pesth, 8. Jul. Abends. Es verbreitet sich die Nachricht, daß in Ugram von der ultra-illyrischen Partei Konstantin zum König ausgerufen und Jellachich einstweilen zum Dictator ernannt worden. Durch diese Parteinungen entstanden und viele Illyrier haben sich mit den magyarisch Gesinnten vereinigt und auf mehr denn zehn Seiten die magyarische Fahne aufgesteckt. (Berl. Z.)

Kronstadt, 28. Jun. (Nachmittags 2 Uhr). In dem Augenblicke, als wir unser Blatt zur Presse befördern wollten, ist Fürst Bibesco sammt Gemahlin, Familie und einem zahlreichen Gefolge hier angelangt. Die Verhältnisse in der Walachei haben sich mächtig geändert, und in diesem Augenblicke dürfte bereits ein russisches Armeecorps von 10,000 M. über den Pruth daselbst eingerückt sein. Wie wir hören, hat sich der Fürst bis zum letzten Augenblicke seines Aufenthalts in seinem Vaterlande gegen den Einmarsch russischer Truppen gewahrt und hat lieber dem Throne den Rücken gekehrt als ein solches Unglück über dasselbe bringen wollen. — Die fürstliche Familie soll gesonnen sein, längere Zeit in unsern Mauern zu verweilen. (Sieb. Wbl.)

### Schweiz.

Von Muttenz aus veröffentlicht Fr. Heder unterm 8. Jul. folgende Erklärung: Die Reaction streut gefälscht in verschiedenen Blättern die Nachricht aus, als werde von mir an einzelnen Punkten Deutschlands und der Schweiz Mannschaft angeworben, ja die Frechheit geht so weit, sogar das Handgeld zu benennen, was bezahlt werde. Diese völlig erlogenen, öfters wiederholten Nachrichten haben nun offenbar keinen andern Zweck, als: 1) damit die militairischen das Volk ausfindenden Besatzungen deutscher Länder durch Ausbreitung unwahrer Thatsachen vor dem Volke zu rechtfertigen und zugleich die reactionären Maßregeln gegen das Volk der republikanischen Partei aufzubürden; 2) einzelne lästige Leute durch falsche Vorpiegelungen zu bestimmen, sich von den Dreten, wo man sie gern los wäre, fort und nach der Schweiz zu begeben; 3) die Schweiz aber durch Aufwahrung solcher Gäste zu bestimmen, das Asylrecht zu verkümmern. Revolutionen werden nicht außen angeworben und in ein Volk hineingetragen, sie müssen sich aus einem Volke selbst als politisches Geseß, als Nothwendigkeit entwickeln. — Eben so erlogen als jene vorgeblichen Werbungen sind die Nachrichten von dem Besitze großer Summen, welche mir zur Verfügung gestellt worden seien. Es gehört eine eigenthümliche Unverschämtheit dazu, solche grobe Lügen auszustreuen und sie dem Volke glauben machen zu wollen.

Chur. In der Nacht vom 6. auf den 7. Jul. reiste der seiner Haft entlassene ehemalige österreichische Geschäftsträger, Hr. v. Philippberg, hier durch. (N. Z. Z.)

### Italien.

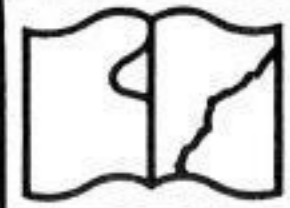
Mailand, 7. Jul. Die Versammlung der venetianischen Abgeordneten beschloß den 4. Jul. mit 127 gegen 6 Stimmen die Verbindung der Stadt und Provinz Venedig mit den Vereinigten Staaten des Königreichs Oberitalien. — Beim Heere dauern die Arbeiten für den Angriff von Verona fort; in der Nacht vom 5. auf den 6. Jul. machten die Oesterreicher einen Ausfall, um unsere Werke zu zerstören, zogen sich aber nach kurzem Vorpostengeficht zurück. — Es fand eine Auswechselung von Gefangenen und Geiseln zwischen den kriegführenden Parteien statt. (N. Z. Z.)

\* Florenz, 5. Jul. Gioberti hat uns seit mehreren Tagen verlassen; er war auf alle mögliche Weise gefeiert, angerebet und angesungen worden. Der Hauptinhalt seiner Rede war Krieg, Einheit oder besser Einheit (l'Unione che conduce all'unità, sagt er selbst), Vertrauen auf Karl Albert und den Papst. Ein hiesiger Wiklopf nannte ihn (ich schreibe Ihnen dies, weil es eine hier sehr verbreitete Meinung ausdrückt) den commis voyageur für das Haus Karl Albert und Comp., wogegen er selbst sich jedoch sehr heftig verwahrt. Als Abschiedsgeschenk haben ihm die florentinischen Frauen ein prachtvolles Album, dessen Einband mit florentinischer Mosaik und dessen Inneres mit Proben aller literarischen und künstlerischen Talente von Florenz geschmückt ist, geschenkt; von der Stadt aber hat er „das Bürgerrecht des Dante, Michelangelo und Galilei“ erhalten. — Statt seiner haben wir nun einen andern herumziehenden Geistlichen hier, den Padre Savazzi, den Kriegsprediger von Venedig und Bologna, der direct von Vicenza kommt, wo er mitgefochten gegen die „Barbarenhorden.“ Ein wackerer Vertreter des Kapuziners in Wallensteins Lager! Denken Sie sich eine gewaltige, breitschulterige, hohe Gestalt, in schwarzem Talar und Mantel, mit einem riesigen dreifarbigem Kreuz auf der Brust und ei-

dem kleinem  
nem Balcon  
wie ein paar  
als gälte jet  
das Kinder  
großen Trun  
held tritt zu  
neues Brab  
sch. Was  
Krieg, Krie  
kess unpope  
Conscription  
elks. Heute  
Stadt verwi  
auf ihre G  
Die Deputir  
näht. Im  
abgefaßte En  
ist ohne Zwe  
Senat, d. h.  
sich noch da  
Monarchie im  
nothwendige  
ren beständig  
heißt es darü  
Bewußtsein f  
den, ragioni  
seines edlen  
aufschenden  
den Italiener  
yengrenze, d.  
ner zum Geb  
Neapel  
jante's best  
einen telegrap  
Palermo und  
gestern einlif  
Stimmtheit. A  
giffen endlich  
liches Blutba  
Soldaten rett  
berüchtigte M  
ben. Der We  
zustellen, sche  
Truppen muf  
zählten), sond  
zubringen: der  
tödtet, theils  
zur Königswü  
sche Regierung  
fall hat, so d  
cunque fosse.  
gen der giftig  
land. Der P  
Jard von Mo  
aber findet di  
namen „Dand  
Gewerbe sind  
und alle wohl  
ter. Jederman  
Bombardemen  
tionen dagegen

### Paris,

Zu Anfan  
tam zuerst der  
mission zur  
selbst in den  
kunft geben  
des nahen Ab  
flüßig. Darau  
der Bestattung  
sident erstattet  
ber Versammlu  
achtet hat, um  
wundeten zu  
welches jungen  
werden zu lass  
erfatter Umber  
und namentlich



gen führen. Sie  
auf Ungarn seinen  
dass diese Gen  
alten wäre  
die Ungarn  
haben sie bei dem  
drei Lagern con  
2,000 M., welche  
Freiwilligen be  
neue Freiwilligen  
(Bresl. Z.)  
Nachricht, dass in  
zum König aus  
nt worden. Da  
r haben sich mit  
denn zehn Seiten  
(Berl. Z.)  
dem Augenblick  
Fürst Bibe  
erfolge hier ange  
mächtig geändert,  
Armeecorps von  
Wie wir hören,  
senschafts in sei  
den gewahrt und  
es Unglück über  
gesonnen sein,  
(Sieb. Wbl.)

erm 8. Jul. fol  
in verschiedenen  
einzelnen Punkten  
ja die Frechheit  
ist werde. Diese  
in offenbar kei  
Boll ausaugen  
wahrer Thatsach  
nairnen Maßre  
en; 2) einzelne  
ich von den De  
st zu begeben;  
bestimmen, das  
ien angeworben  
Volke selbst als  
so erfolgen als  
Bestige großer  
n. Es gehört  
n auszustreuen

iste der seiner  
Fr. v. Phi  
(N. 3. 3.)

tianischen Ab  
men die Ver  
einigten Staa  
die Arbeiten  
auf den 6. Jul.  
zu zerstören.  
Es fand eine  
den Kriegsfüh  
(N. 3. 3.)

gen verlassen;  
esungen wor  
der besser Ci  
bertrauen auf  
nte ihn (ich  
einung aus  
und Comp.,  
Abschiedsge  
lles Album,  
es mit Pro  
geschmückt  
des Dante,  
en wir nun  
Gavazzi,  
von Vicenza  
Ein wade  
len Sie sich  
Zalar und  
ist und ei

kleinern auf der Schulter: da steht er sieben Mal täglich auf ei  
nem Balcon an einem öffentlichen Plage; seine feurigen Augen rollen  
wie ein paar glühende Kohlen; seine Hände sechten in der Luft umher,  
als gälte jeder Schlag einem Deutschen; seine Stentorstimme übertönt  
das Kindergeschrei und das Wagengerassel; endlich endet er mit einem  
großen Krumpf, und allgemeines Bravo, Händeklatschen, Coviva, der  
Held tritt zurück, wird herausgerufen, tritt wieder vor, verbeugt sich,  
braves Bravo und Klatschen—der Vorhang fällt, die Menge verläuft  
sch. Was nun den Inhalt jener Predigten anlangt, so heißt er Krieg,  
Krieg, Krieg bis zum Aeußersten! Der Krieg aber wird je länger  
desto unpopulärer; die Regierung darf nicht wagen zu einer neuen  
Conscription zu schreiten, aus Furcht vor einer Empörung des Land  
volks. Heute hört man, dieselbe habe den kriegslustigen Priester aus der  
Stadt verwiesen. — Die Thätigkeit der Kammer war bisher ganz  
auf ihre Geschäftsordnung, Prüfung der Vollmachten zc. beschränkt.  
Die Deputirtenkammer hat den Advocaten Ranni zum Präsidenten er  
nählt. Im Senat wurde gestern der von dem Senator Centofanti  
abgefasste Entwurf zur Antwortadresse auf die Thronrede verlesen; es  
ist ohne Zweifel die liberalste und energischste Adresse, die jemals ein  
Senat, d. h. eine Pairskammer, erlassen hat; ihre Annahme steht frei  
lich noch dahin. So sagt sie z. B.: „Wir wollen eine volksthümliche  
Monarchie in den weitesten Grenzen, und das Fürstenthum nur als die  
nothwendige Grenze der politischen Freiheit und zugleich als deren be  
ren beständigen Wächter.“ Auf den Krieg mit Oesterreich kommend,  
heißt es darin: „Es wäre wünschenswerth, daß Deutschland, stark im  
Bewußtsein seiner Nationalität, in den eignen Rechten (eigentlich Grün  
den, ragioni) die Unverletzlichkeit der unserigen fühlte, und deshalb einen  
seines edlen Charakters würdigen Entschluß faßte.“ Sie können sich den  
ausgehenden Beifall für diese glückliche Wendung denken. Ja, es wäre  
den Italienern nichts gelegener, als wenn ihnen Deutschland die Al  
pengrenze, d. h. Triest, Illyrien, Istrien und halb Tirol bis zum Bren  
ner zum Geburtstagsgeschenk machte.

Neapel, 1. Jul. Die Niederlagen Busacca's und Nun  
ziante's bestätigen sich. Das Giornale official von Palermo enthielt  
einen telegraphischen Rapport darüber. Ferner melden sie Briefe aus  
Palermo und Messina und die königl. Dampffregatte Roberto, welche  
gestern einlief. Was aus Nunziante geworden, weiß Niemand mit Be  
stimmtheit. Die Calabresen; des Kanonen- und Gewehrfeuers müde,  
griffen endlich mit Dolchen und Messern an und richteten ein schreck  
liches Blutbad an. Mehrere Kanonen wurden genommen, 500 königl.  
Soldaten retteten sich an Bord der Dampffregatte Arhimedes. Der  
berühmte Major Salzano, welcher unter Nunziante foht, ist geblie  
ben. Der Versuch, an der Küste eine Art von Telegraphenlinie her  
zustellen, scheiterte, und die nach Torre di Dino deshalb abgeschickten  
Truppen mußten fliehen. Nicht in Misiba (wie französische Blätter er  
zählten), sondern in Procida versuchten die zahlreichen Gefangenen aus  
zubringen: der Versuch mißglückte und ungefähr 200 wurden theils ge  
tödtet, theils verwundet. — Palermo erklärt die Candidaturgeschichten  
zur Königswürde Siciliens für erfunden. Da die bestehende provisori  
sche Regierung Siciliens eine republikanische ist und Frankreichs Bei  
fall hat, so drängt natürlich England zur Wahl eines Königs, qua  
ncunque fosse. Ein Club, der der Sechziger, auch La Vipera (we  
gen der giftigen antidemokratischen Reden) genannt, unterstützt Eng  
land. Der Präsident der sicilischen Pairskammer, ein Verehrer des  
Zars von Moskowien, wird vielleicht für Beaucharnais stimmen; sonst  
aber findet dieser keine Sympathie und führt in Palermo den Spitz  
namen „Dandolino“. — Neapel ist wie ausgestorben. Handel und  
Gewerbe sind vollständig gelähmt. Fremde sind gar nicht vorhanden  
und alle wohlhabenden Einwohner haben sich in die Campagna geret  
tet. Jedermann fürchtet bei etwanigem Anrücken der Provinzialen ein  
Bombardement von S. Elmo, obschon alle Stellvertreter fremder Na  
tionen dagegen protestirt haben. (Köln. Z.)

### Frankreich.

Paris, 11. Jul.

Zu Anfange der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung  
kam zuerst der Austritt des Hrn. Landrin aus der Untersuchungscom  
mission zur Sprache. Hr. Landrin hatte denselben beantragt, weil er  
selbst in den Fall zu kommen glaubte, der Commission Rede und Aus  
sicht geben zu müssen (Nr. 195) und die Versammlung hielt wegen  
des nahen Abschlusses der Untersuchung einen Gesandten für über  
flüssig. Darauf werden wieder 50 Mitglieder durch Loos erwählt, welche  
der Bestattung des Generals Duvicier beizuhelfen sollen. Der Prä  
sident erstattet Bericht über einen officiellen Besuch, den das Bureau  
der Versammlung in den verschiedenen Hospitälern für zweckmäßig er  
achtet hat, um sich selbst von der Lage und der Behandlung der Ver  
wundeten zu überzeugen. Es wird sodann ein Gesetz angenommen,  
welches jungen Leuten von 17 Jahren gestattet, sich beim Heer an  
zuwerben zu lassen. Aus der kurzen Verhandlung zwischen dem Bericht  
erstatter Amberg, dem Minister Senard und den Hh. Balette, de Lubre  
und namentlich dem General Baraguay d'Hilliers geht hervor, daß die

Regierung durch dieses Gesetz beabsichtigt, den jungen Arbeitern die  
Reihen der Armee zu öffnen, daß es aber aus militairischen und Sa  
nitätsrückichten zweckmäßig sein dürfte, diese Maßregel nur als eine  
provisorische gelten zu lassen.

Zwei Credite von 500,000 Fr. zur Unterstützung von Hospitälern und  
milden Anstalten, und 500,000 Fr. zu geheimen Polizeizwecken wurden  
votirt, wobei jedoch der Minister des Innern bemerkt, daß beide Cre  
dite sich als unzureichend ausweisen dürften. Bei dieser Gelegenheit  
wird eine genaue Prüfung auch der von der provisorischen Regierung  
und der Vollziehungscommission zu geheimen Ausgaben verwendeten  
Summen verlangt, und dieser Antrag von Hrn. Garnier-Pagès im  
Namen der ehemaligen vollziehenden Commission unterstützt. Die Ver  
sammlung wurde dann in eine nichtöffentliche verwandelt, in der das  
Budget der Nationalversammlung für die acht Monate von 1848 auf  
8,224,217 Fr. festgestellt wurde. Die Diäten der Repräsentanten, die  
täglich 25 Fr. für den Einzelnen betragen, wurden für die acht Mo  
nate auf 5,400,000 Fr. berechnet. Noch hat die Versammlung bestimmt,  
daß in Krankheits- oder Urlaubsfällen diese Entschädigung nicht aus  
fallen soll und auch in keinem Falle von Gläubigern auf dieselbe Be  
schlag gelegt werden könne. Uebrigens hat die Versammlung strenge  
Ökonomie geübt und alle Anträge auf Zulage für Beamte der Ver  
sammlung abgelehnt. Auch das seit 1830 bestandene Gratisbuffet, wel  
ches zu Zeiten der Deputirtenkammer jährlich 12,000 Fr. kostete und  
1848 schon 60,000 gekostet hat, wird aufgehoben und die ganze Ein  
richtung hört auf. Es tritt kein gegen Bezahlung bedienendes an des  
sen Stelle.

— Die Militairischeule von St. Cyr ist ihres Dienstes im Pa  
laste der Nationalversammlung enthoben worden, nachdem sie 14 Tage  
lang daselbst auf Stroh bivouakirt hat.

— Wie in Belleville und den umliegenden Gemeinden, wird auch  
für den Bezirk des Montmartre nach dem Willen des Ministerpräsidenten  
das System des Repräsentanten Ducos in Anwendung gebracht, wel  
ches darin besteht, die frühere Geldaustheilung in den Nationalwerk  
stätten durch Austheilung von Brot und Fleisch zu ersetzen. Im Be  
zirk des Arsenal werden durch öffentliche Arbeiten eine bedeutende An  
zahl Arbeiter beschäftigt. Man vergrößert die Reservemagazine und  
baut dicht daneben zwischen dem Arsenal und der Kusterlißbrücke eine  
neue Brücke über den rechten Arm der Seine.

— Das Comité für die Arbeiterverhältnisse beschäftigt sich  
mit dem Entwurf zu einer Nationalversicherungskasse für alte und  
schwach gewordene Arbeiter, und hat bisher eine große Menge Finanz  
männer, Gelehrte und Vorsteher von Arbeitervereinen zu Rathe gezogen.

— Bei einem Besuche der Civil- und Militairhospitäler, den der  
Präsident der Nationalversammlung in eigener Person in Begleitung  
der Hh. Marrast, Degouffe, Péan und Peupin, denen sich noch der  
Bischof von Orleans angeschlossen hatte, abgestattet hat, hat sich noch  
die bedeutende Zahl von 1500 Verwundeten vorgefunden. Der  
Gesundheitszustand der Repräsentanten Virio und Dornès, sowie der  
Generale Bedeau und Damesmé war günstig.

— Hr. v. Chateaubriand hat in seinem eigenhändigen Testament die  
Hh. Mandaroux-Bertamy, Louis de Chateaubriand, Hyde de Neu  
ville und de Lenois als Diejenigen namhaft gemacht, welche die öffent  
liche Herausgabe seiner hinterlassenen Memoiren, denen er den Titel:  
„Bon jenseit des Gräbes“ (D'outre-tombe) gegeben hat, zu überwa  
chen haben werden.

— Die Befesung des Herzens des Generals Régnier bei den In  
validen hat auch gestern das Schauspiel einer militairischen Leichen  
feier, deren Zug von dem Stadthause aus über die Quails und den  
Concordienplatz ging, dargeboten.

— Das Journal des Repräsentanten Proudhon, le Représentant du  
peuple, ist auf Befehl der Executivgewalt mit Beschlagnahme belegt wor  
den. Wahrscheinlich hat der gestern erwähnte socialistische Artikel dazu  
Veranlassung gegeben.

— Die Alpenarmee scheint in ihrer Auflösung begriffen zu sein;  
außer der nach Paris berufenen Division des Generals Magnan, dem  
der Oberbefehl über das Lager zu St.-Maur bestimmt sein soll, ist ein  
anderer Theil derselben zur Beseitigung eines in Lyon drohenden Aus  
bruchs, in der Umgebung dieser Stadt eingetroffen. Ein früheres Ge  
rächt in Betreff der Absendung zweier Offiziere an Karl Albert und  
Ablehnung der französischen Hülfe durch denselben wird ganz in Ab  
rede gestellt.

— Die Frage über das Ein- oder Zweikammersystem wird in  
den verschiedensten Kreisen sehr lebhaft verhandelt und in mehreren Le  
gionen der pariser Nationalgarde eine Petition für Einsetzung von zwei  
Kammern unterzeichnet.

— Das XV. Heft der Revue rétrospective ist gestern ausgegeben  
worden. Es enthält Actenstücke und Briefe über die Heirath, Wittgilt zc.  
der Prinzessin Clementine von Orleans mit dem Herzoge von Sachsen  
Koburg-Gotha; Correspondenz Ludwig Philipp's mit dem Marschall  
Soult aus den Jahren 1844—45; Reiseberichte und Ausgaben der

Prinzen, Brief Golbery's an den Adjutanten Athalin und sonstige Miscellen.

Der Verwaltungsrath der lyoner Eisenbahn hat bei der Regierung eine Art Ultimatum eingereicht. Er erklärt, ohne eine Unterstützung von wenigstens 4 Mill. sich zur Fortsetzung der Arbeiten außer Stande zu sehen. In diesem Falle würde die Gesellschaft ihr Unternehmen zu jedem Preise abtreten.

Die Nachricht (Nr. 195) über Hrn. Lamartine's beabsichtigte Reise in den Orient wird vom *Vien public*, dem Organ desselben, in Abrede gestellt.

### Großbritannien.

London, 10. Jul.

Die *Times* meldet heute, daß die beabsichtigte Reise der Königin nach Irland nicht stattfinden werde. Die *Times* ist überzeugt, daß diese Nachricht einen schmerzlichen Eindruck machen werde, selbst auf Die, welche für gewöhnlich den Reden eitler und selbstsüchtiger Wähler Gehör schenken. „Ihre Majestät,“ fährt sie fort, „fürchtet keine Beleidigung; denn sie weiß, daß sie keine verdient. Aber es darf nicht vergessen werden, daß gewisse Personen, welche zu verläugnen weder das Volk noch seine geistlichen Führer den Muth haben, öffentlich die Absicht ausgesprochen haben, Ihre Majestät und ihre Rätthe mit aufrührerischem und verleumderischem Geschrei zu verhöhnen. Wir würden nicht glauben, daß Irland Elende, die eines solchen Verbrechens fähig sind, befände, wenn sie es nicht selbst erklärt und wenn nicht Andere die beabsichtigte Beleidigung durch ihr Schweigen billigten. Selbst wenn Ihrer Majestät eigenes Herz ihr eingeben sollte, diesen Verräthern zu trohen, so wird England kaum dulden, daß eine Fürstin und eine Dame sich dieser unnöthigen Gefahr aussetze. Solchen und ähnlichen Rücksichten schreiben wir das Aufgeben der Reise zu.“

Die Königin wird den 25. Jul. in ihrer Jagt einen Ausflug nach den Shetlandsinseln und den Hebriden machen.

In einer außerordentlichen Versammlung von Actionairen der Ostindischen Compagnie am 8. Jul. kam folgender Beschluß zur Berathung: Daß die Ostindische Compagnie, da sie durch einen am 25. Sept. 1819 abgeschlossenen Vertrag mit Vertaub-Shean, Radscha von Sattarah, diesem und seinen Erben und Nachfolgern das Gebiet von Sattarah in beständiger Souverainetät abgetreten hat, das Gebiet von Sattarah nicht ohne einen offenen Bruch dieses Vertrags und der völkerrechtlichen Treue dem rechtmäßigen Erben des verstorbenen Radscha Vertaub-Shean vorenthalten dürfe.“ Nach längerer Debatte wurde die Versammlung vertagt.

Die wegen der dänischen Blockade bei Cowes vor Anker gegangenen deutschen Schiffe haben vom preussischen Generalconsul Hrn. Hebel die amtliche Benachrichtigung erhalten, daß der Abfahrt nach ihren Bestimmungsorten nichts mehr im Wege stehe.

In dem Chartistenproceß sind jetzt ebenfalls Francis Cooney und Ernest Jones der Theilnahme an einer ungesetlichen Versammlung für schuldig erklärt worden.

In Dublin haben neue Verhaftungen von Ultrapealern stattgefunden. Am 8. Jul. wurden D'Ooherty und R. Williams, die Eigenthümer, und Dennis Hobau, der Drucker des *Tribun*, eines neuen Ultrablatts, eingezogen. Der Redacteur der *Nation*, Charles Savan Duffy, wurde am 8. Jul. Abends vor das Polizeiamt in College Green gebracht, auf Grund der neuen Schugbill der Felonie beschuldigt. Der vorsitzende Polizeirichter bestätigte die Verhaftung und überwies den Gefangenen für die nächste Commission dem Untersuchungsgericht. Diese wird am 8. Aug. eröffnet. Die angebotene Bürgschaft wurde nicht angenommen. Im Bureau der Zeitung legte die Polizei auf alle Papiere, Bücher und Zeitungen Beschlagnahme. Am Morgen desselben Tages stellte sich Martin, der Eigenthümer des *Irish Felon*, gegen den seit dem 3. Jul. ein Verhaftsbefehl erlassen war, freiwillig dem Gericht. Er erklärte sich demselben bis jetzt bloß entzogen zu haben, um unparteiisch gerichtet zu werden, was bei der Gerichtscommission, deren Functionen am 9. Jul. erlöschen, nicht möglich gewesen sei. Auf Grund verschiedener Artikel des *Irish Felon* der Felonie beschuldigt, wurde er ebenfalls ohne Bürgschaft vor die nächste Commission verwiesen und nach Newgate gebracht. Unmittelbar darauf erschien die Polizei im Bureau des *Irish Felon* und nahm alle vorhandenen Exemplare des Blattes weg. Dasselbe geschah mit den im Besitze der Zeitungsverkäufer befindlichen, und das Postamt hatte Befehl, die Versendung des *Irish Felon* auf dem Postwege zu verhindern, sodas, wenn auch die Typen und die Pressen noch nicht mit Beschlagnahme belegt sind, doch das Blatt für diese Woche wenigstens factisch unterdrückt ist. Die Hauptmitarbeiter der Zeitung, Devin Keilly und F. Lalor haben an den Generalanwalt und den Unterstaatssecretair für Irland geschrieben und sich erboten, die gerichtliche Verantwortlichkeit für mehr von ihnen geschriebene Artikel an Hrn. Martin's Stelle zu übernehmen. Der große Plan der „irischen League“ zur Vereinigung der gemäßigten mit der revolutionären Fraction der Repealpartei ist noch nicht zu Stande, da John D'Connell zur Bedingung des Beitritts der alten Repealer ge-

macht hat: daß sich die League bestimmt ausspreche, nur friedliche, gesetzliche und constitutionelle Mittel anzuwenden zu wollen, daß die Club-organisation aufgegeben werde, die jetzigen Clubs sich auflösen und die locale Organisation der League nur nach dem eben ausgesprochenen Princip statfinde.

Der berliner Correspondent des *Morning Chronicle* äußert sich sehr scharf über die politischen Zustände in der preussischen Hauptstadt und die Nationalversammlung, deren gänzliche Unerfahrenheit, Mangel an festen Principien und wahren Patriotismus. Man spreche unendlich viel von deutscher Einheit, aber man bemerke nicht das feste Symptom preussischer Eintracht. Minister, Beamte, Polizei, Bürgergarde und Volksvertreter, Alles handle auf eigne Faust in den verschiedensten Richtungen, und keiner kümmere sich um den morgenden Tag.

### Belgien.

Brüssel, 9. Jul. Der berühmte Ernest Gregoire soll verhaftet worden sein.

### Dänemark.

Wie Kjöbenhavnsposten meldet, hat der Cultusminister Monrad für die verurtheilten Baptisten einen Gnadenbrief ausgestellt, nachdem er zuvor die Erlaubniß sämmtlicher Bischöfe dazu eingeholt.

### Schweden und Norwegen.

Christiana, 4. Jul. Das Constitutionscomité schlägt mit 5 gegen 2 Stimmen die Aufhebung des Verbotes des Aufenthaltes der Juden in Norwegen vor.

### Vereinigte Staaten von Nordamerika.

Der am 9. Jul. in Liverpool angekommene Postdampfer *America* bringt Nachrichten aus Newyork vom 27. Jun. Im Congreß zu Washington wurde noch die Oregonbill berathen. Die durch die nahe Wahl des Präsidenten hervorgerufene allgemeine Bewegung war immer noch im Zunehmen begriffen. Van Buren hatte einer Deputation erklärt, daß sein schon 1844 ausgesprochener Entschluß, sich vom öffentlichen Leben ganz zurückzuziehen, unverändert feststehe. Von Hrn. Clay heißt es, er wolle seine Stimme bei der Präsidentenwahl dem General Taylor geben und habe auch seine Freunde aufgefordert, seinem Beispiel zu folgen. Die in Mexico befindlichen amerikanischen Truppen waren zum Theil schon auf dem Heimwege begriffen, der ratificirte Friedensvertrag war aber noch nicht in Washington eingetroffen.

### Mexico.

In Mexico ist Herrera zum Präsidenten erwählt worden. Die Armee soll reorganisiert und mit Ausschluß der Nationalgarde auf 10,000 Mann gebracht werden. Mit dem Aufhören des Krieges wird der alte mejicanische Zolltarif von 1845 wieder in Wirksamkeit treten, jedoch vor der Hand mit einer Reduction von 30 Procent, damit die neu importirten Waaren mit den noch auf dem Lager befindlichen, welche während der amerikanischen Occupation zu weit niedrigeren Böllen eingeführt worden, concurriren können. Dem Congreß liegt ein Plan zu einem Kanal in die Landenge von Tehuantepec vor, und man beabsichtigt, um diesen Kanal bauen zu lassen, Ausländer zur Begründung von Colonien auf der Linie desselben zu ermächtigen. Ein Blatt in Neworleans fodert darauf hin bereits auf, den Engländern nicht etwa bei diesen Ansiedelungen den Vorrang gewinnen zu lassen.

### Venezuela.

Im Widerspruch mit der früher mitgetheilten officiellen Nachricht von der Einnahme Maracaibos (Nr. 193) durch die Regierungstruppen unter General Monagas wird jetzt eben so bestimmt behauptet, daß General Paez, der Anführer der Insurgenten, Ende Mai noch im vollständigen Besiz der Stadt und des Forts Maracaibo gewesen sei.

### Handel und Industrie.

Wiener Börse, 11. Jul. Blact. 1120; Met. 5pc. 73; 4pc. 63; 3pc. 42; 500 Fl. 2. 119; 250 Fl. 2. 82; Nordb. 106; Stogg. 93; Mail. 66; Lvorn. 70; Pesth. 66.

Berliner Börse, 13. Jul. Preuß. Fonds u. Geldsorten: Staatsfch. 3 1/2 pc. 73 1/2, Sechsl. Prämisch. 88, Pfandbr. westpr. 3 1/2 pc. 76 1/2, posen. 4pc. 89 1/2, neue 3 1/2 pc. 77 1/2, ostpr. 3 1/2 pc. 82 1/2, pomm. 3 1/2 pc. 92, kur- u. neumärk. 3 1/2 pc. 91 1/2, Bankant. 85 1/2, Preussisch. 113 1/2 Br., Louisd. 112 1/2, Disconto 5. — Eisenbahn-Actien. Voll eingezahlte: Berg.-Märk. 4pc. 66, Berl.-Anh. Litt. A. u. B. 86 1/2, Prior-Act. 4pc. 80, Berl.-Hamb. 4pc. 61 1/2, Prior-Act. 4 1/2 pc. 88, Berl.-Potsd.-Magd. 4pc. 45 Br., Prior-Act. A. u. B. 4pc. 72, 5pc. 79 1/2, Berl.-Stett. 85, Bresl.-Freib. 4pc. 76, Dresd.-Sächs. 4pc. 70, Köln.-Mind. 4pc. 77 1/2, Prior-Act. 4 1/2 pc. 88 1/2, Krakau.-Döschl. 4pc. 36 1/2, Kiel.-Alton. 4pc. 90, Magd.-Halb. 4pc. 90, Niederschl. 4pc. 70, Prior-Act. 4pc. 79, 5pc. 93 1/2, Prior. Serie III. 5pc. 87 1/2, Zweigb. Prior-Act. 5pc. 70, Oberschl. Litt. A. 3 1/2 pc. 84, Prior-Act. Litt. B. 3 1/2 pc. 84, Prior-Act. 4pc. 68 1/2, Posen-Stargard 4pc. 66, Thür. 4pc. 50 1/2, Prior-Act. 4 1/2 pc. 80 1/2 Br. — Quittungsbogen: Berl.-Anh. Litt. A. 4pc. 84, Magd.-Witt. 4pc. 42 1/2, Nordb. (Fr. W.) 4pc. 38 1/2. — Ausländische Fonds: Russ.-Engl. Anl. 5pc. 98 1/2, 2. — 4. Anl. (Stiegl.) 4pc. 79 1/2, Poln. Schagob. 4pc. 59, Poln.-Pfandbr. (alte) 4pc. 86, (neue) 4pc. 86, Part. à 500 Fl. 4pc. 63, à 300 Fl. 86, Banl.-Cert. zinsl. Litt. B. 200 Fl. 5pc. 72 1/2, Hess. Präm.-Sch. à 10 Thlr. 25 1/2, neue bad. Anl. à 35 Fl. 15 1/2 Br.

Verantwortliche Redaction: Dr. C. Kaiser.

Druck und Verlag von F. W. Brockhaus in Leipzig.

